

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen lassen die schriftgefassten Zeitungen
je nach dem Raum 1,- bis 10,- Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Rücktritt unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wihmann, Bochum.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Ruine Altendorf.

Alte Burg im Abendsonnenglanz,
Wunderprächtig ist dein Bild fürwahr!
Eingesponnen bis zum Zinnenkranz
hat der Ephau dich mit grünem Haar.

Wie ein Mantel hält er fest dich ein,
Kühl im Sommer, und im Winter warm —
Ob in Stürmen, ob im Sonnenschein,
Treuen Schutz hast du vor jedem Harm.

Alte Burg, du bist mir ja vertraut,
Schön als Kind hab' ich in dir gespielt,
Hab' in dir nach Schätzen ausgeschaut
Und in deinem Kellerschutt gewühlt. —

Und getäuscht hast du mein Hosen nicht,
Denn die Zeit, sie hat es ja gelehrt —
Einen Schatz hab' ich in dir an's Licht,
Mehr wie alle Königsschätze wert. —

Alte Burg im Abendsonnenglanz,
Still in Andacht kniegt' ich meine Knie,
Wie der Gläubige vor der Monstranz,
Fand' ich doch in dir die — Poesie. —

H. K.

Erfeste Zeiten!

Gerade jetzt, wo sich ein breiter Goldstrom über die deutsche Industrie ergiebt, ist es Zeit, Betrachtungen zu pflegen über Dinge, die sich vorbereiten und wie sie sich aus der heutigen wirtschaftlichen industriellen Lage ergeben müssen. Zeigen sich doch jetzt Erscheinungen — besonders in der Montanindustrie — die dem ernsten Beobachter nicht geringe Besorgnisse für die nächste Zukunft aufzuwerfen. Wir halten es darum für unsere Pflicht, die Aufmerksamkeit unserer Kameraden auf diese Erscheinungen zu lenken.

Mitensummen werden in die Geldschänke der Industriellen gefüllt, sozialstaatliche Belohnungen im Glück und sie haben Urfahrt hierauf. Der Stand der Industrie, deren Produktion hat heute einen Grad erreicht, wie ihn sich die größten Optimisten bisher nicht erträumen ließen. Und immer höher steigt die Flut. Nicht einmal das Zollgesetz und die von ihm beeinflussten jetzt bestehenden Handelsverträge haben diesen riesenhaften Aufschwung aufzuhalten vermocht, kein Wunder, wenn die Durchsetzung des Zollgesetzes nun hämisch auf die bisherige Bekämpfung der deutschen Zollpolitik in den letzten Jahren hinsiehten und sich als die Retter der Industrie wie des Vaterlandes gebärden. Wir wünschen lebhaft, daß der Aufschwung unserer Industrie weiter anhält, mindestens sich aber in gleicher Richtung wie jetzt weiter bewegt — wie nehmen dann gerne den Vorwurf mit in Kauf, daß wir selbst eifrig Befürworter unserer Zollgesetzgebung waren und noch sind. Wir haben keine Ursache im Glücke blind zu sein. Die jetzige Zollgesetzgebung beherrscht die Industrie nicht, sie beeinflusst sie nur, ob mehr oder weniger ist nicht Aufgabe, hier zu beurteilen. Fest steht, daß die Zollgesetzgebung selbst auf ihren Einfluß auf die Industrie von unten nach oben laminenartig an.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ verwohrt sich dann gegen die Auffassung, daß die starke Stimmung an den großen Börsen und die Abschließung der Kurse etwa eine Krise voraussetzt und führt gegen diese Auffassung folgendes aus:

„Dass diese Ansicht durchaus falsch ist, ist nie schlagender bewiesen worden, als im gegenwärtigen Augenblick, wo die Industrie so stark beschäftigt ist, daß sie ihren Bedarf an Kohlen nur mit Mühe decken kann und die Zeichen nicht Arbeiter genug erhalten können, um den gestiegerten Ansprüchen zu genügen. Nichts kennzeichnet ja die blühende Lage des Kohlenmarktes treffender als die Tatsache, daß das Kohlenprodukt, das in früheren Jahren eifrig bestrebt gewesen ist, die deutsche Kohlenausfuhr mit allen Kräften zu heben, in diesem Jahr gezwungen gewesen ist, seine ausländischen Abnehmer dadurch zu befriedigen, daß es englische Kohlen aufgekauft und diese für deutsche Kohlen eingeschoben hat.“

Dann tröstet die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ noch mit dem Vorhandensein der Syndikate resp. Kartelle. Die elementare Gewalt der Krise sei hierdurch gebrochen.

Schlägt man das Rörchen Wahrheit aus obigen Ausführungen heraus, so findet man nichts weiter als die trockene Tatsache, daß man aus früheren wirtschaftlichen Krisen recht wenig gelernt hat. Es mögen die ersten Ausführungen, oberflächlich betrachtet, etwas für sich haben, aber sie treffen nicht den Kern der Sache — hier die Krise — selbst. Gefährlich aber ist es, die gegenwärtige Hochkonjunktur als Argument gegen irgendwelche Vorauszeichen einer Krise sprechen zu lassen.

Das Wesen der Krise liegt in der Regellosigkeit der Produktion, die aussetzt in dem Misverhältnis der Produktion zum Verbrauch. Auch die Kartelle haben es bisher nicht fertig gebracht, eine Regelung der Produktion anpassend dem Verbrauch vorzunehmen. Nach dem Verbrauch, besser gesagt nach dem Bedarf der Konsumten hat das Kapital bisher nicht gefragt und nicht fragen können. Kapital will gewinnbringend angelegt sein, sein Ziel ist die Kapitalvermehrung. Die Kapitalvermehrung aber treibt zur Erweiterung der Produktion und mit dieser Erweiterung der Produktion geht die Kapitalvermehrung erst recht vor sich. So treibt das eine das andere, bis die Produktion dem allgemeinen Marktbedarf so weit vorausgeht, daß die Stockung eintreten muß. Misstrauen, Zurückhaltung, Farsstockungen, Spekulationen, die Spannung auf dem Geldmarkt sind Dinge, die sich in ständiger Begleitung oben angeführter kapitalistischer Entwicklung befinden und äußerlich oft als die direkte Ursache angesehen werden, während sie nur Wirkung sind — ständige Begleiterscheinungen der vorhandenen Krise. Wenigstens versäßt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ in den Fehler, Ursache und Wirkung nicht auseinanderzuhalten. Und das ist das Unglück.

Wenn erst die Erscheinungen — Misstrauen und Zurückhaltung — eintreten, dann ist es oft zu spät. Dann hat die Krise einen Grad erreicht, der die Katastrophe unausbleiblich macht, besonders wenn hier große, für den gesamten Warenmarkt bedeutende Industriezweige — wie Eisen-, Kohlen-, Zementindustrie etc. in Mitleidenschaft gezogen werden.

Haben wir nun Ursache, uns bei den Erklärungen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ und anderer Organe zu beruhigen? Wir wollen sehen. Oben erleben wir, daß der Stand der Montanindustrie ein solcher ist, wie nie zuvor. Das Tempo dieser Entwicklung kann verglichen werden mit dem in den Jahren 1895—1900. Hier einige vergleichende Ziffern. Während bis zum Jahre 1895 die Montanindustrie sich nur langsam aufstellender Linie bewegte, vielen Wechselseitlichkeiten unterworfen war, schnellte die Produktionsziffer vom Jahre 1895 ab recht rapide in die Höhe. Gestoppt wurde in Deutschland an

Steinkohle Braunkohle
1895 79,1 Millionen Tonnen 24,7 Millionen Tonnen
1900 109,2 " 40,4 "
Die Rohstofferzeugung, die als Gradmesser für den Stand unserer Industrie am meisten in Frage kommt, betrug 1895 5,46 Millionen Tonnen, 1900 8,62 Millionen Tonnen. In der Presse herrschte damals wie heute heller Jubel, von dem selbst sonst recht einsichtige Leute ergriffen wurden, dann kam der Krach; eine Lehrerziehung zeigte die andere, die Steinkohlenindustrie vermochte sich seit von 1902/03 ab zu erholen, ebenso die Braunkohlenindustrie. Die Erzeugung der Montanprodukte war folgende:

Steinkohle	Braunkohle
1901 108,5 Millionen Tonnen	44,7 Millionen Tonnen
1902 107,4 "	48,8 "
1903 116,6 "	45,8 "
1904 120,8 "	48,6 "
1905 121,8 "	52,4 "
Koks	Brickets und Kupfersteine
1901 9,1 Millionen Tonnen	9,2 Millionen Tonnen
1902 9,2 "	9,2 "
1903 11,5 "	10,4 "
1904 12,8 "	11,4 "
1905 16,3 "	13,0 "
Kohlen	Rohrisen
1901 7,78 Millionen Tonnen	8,40 "
1902 8,40 "	10,08 "
1903 10,08 "	10,10 "
1904 10,10 "	10,98 "

Auf pro Kopf der Bevölkerung berechnete sich die Erzeugung und der Verbrauch von Roheisen wie folgt:

Produktion	Verbrauch
1900 151,4 Kilogramm	131,1 Kilogramm
1901 188,0 "	89,4 "
1902 147,2 "	76,0 "
1903 171,4 "	97,9 "
1904 169,2 "	112,2 "
1905 181,3 "	116,4 "

Die Krise nach dem Jahre 1900 läßt sich gerade in diesen Zahlen recht gut ablesen. Die Differenz zwischen der Produktions- und Verbrauchsgröße ist auf die Ausfuhr der Erzeugung zu beziehen. Die Eisenindustrie wurde von der Krise am heftigsten geschockt. Nicht nur daß der Zulandsverbrauch stark fiel, auch die Ausfuhrziffern mußten oft mit größeren Preisschwankungen abgeschlossen werden. Das Jahr 1903 brachte überall Besserung. Beimerkten wollen wir noch, daß die Erzeugung an Koks, Brickets und Kupfersteinen in der Kohlenindustrie in den letzten Jahren gleichfalls einen starken Aufschwung zu verzeichnen hat. Von 1902 ab stieg die Erzeugung an Koks von 9,2 auf 16,3 Millionen Tonnen, im Jahre 1905 Brickets und Kupfersteine von 9,2 auf 13,0 Millionen Tonnen. In der Steinkohlenindustrie brachte das Jahr 1905 den großen Kupferstreit und den Streit in Neuriede. Rund 5 Millionen Tonnen Kohlen betrug der Ausfall allein beim Kupferstreit und doch brachte das Jahr 1905 gegen 1904 eine Produktionssteigerung an Steinkohlen.

Stellen wir nun noch die Ziffern für die ersten Monate dieses Jahres fest. Vom 1. Januar bis zum 30. April wurden in Deutschland gefördert

Steinkohlen	Braunkohlen
45,34 Millionen Tonnen	18,28 Millionen Tonnen
im Vorjahr	im Vorjahr
35,98 Millionen Tonnen	16,92 Millionen Tonnen
Koks	Brickets und Kupfersteine
6,42 Millionen Tonnen	4,68 Millionen Tonnen
im Vorjahr	im Vorjahr
3,75 Millionen Tonnen	3,97 Millionen Tonnen

Es wurden also in den ersten vier Monaten gegen gleiche Zeitdauer im Vorjahr ein Mehr von 14 Millionen Tonnen gefördert, eine Steigerung, wie sie nur einzlig in der Montanindustrie steht. Dabei erlebten wir größere Streiks in Mitteldeutschland und Schlesien.

Und dieses riesenhafte Emporschneiden ist es, was uns zu Bedenken allen Anlaß gibt. Früher oder später wird es zum wirtschaftlichen Stillstand kommen müssen. Ob die Krise sich schnell oder langsam entwidelt, in beiden Fällen dürfen wir nicht gleichgültig dieser Entwicklung gegenüberstehen. Noch treibt der Aufschwung weiter, wenigstens hat es so den Anschein. Der Handel ist im allgemeinen außerst flott. Deutschlands Ein- und Ausfuhr hat sich allein im Jahre 1905 gegen 1904 um 581,8 gegen 526,2 Millionen Mark erhöht und es ist inzwischen nicht schlechter geworden.

Wenn nun obendrein als weiterer Faktor noch die Steigerung der Produktenpreise sich aufzeigt, so bleibt es nicht aus, daß eine Kapitalvermehrung in großem Umfang stattfindet. Nun, wir haben schon gesagt, daß in kapitalistischen Kreisen, besonders in der Montanindustrie, voller Jubel herrscht. Die Geldhäse füllen sich. Geld darf aber nicht kosten, sondern es wird weiter damit gearbeitet, es wird weiter gewinnbringend angelegt und neue, erhöhte Kapitalsvermehrung entsteht — oder aber man versteht

aufbleie? Auch kann die Stellung — die Liquidation des Aufschwungs — eintreten. Da man irgend welche Verzichtleistung nicht zu denken ist, bleibt das zweite übrig. Die Stellung zeigt sich um so schlimmer, je mehr man vergessen hat, für offene Kämpfe zu sorgen, die Haftkraft der Waffen auf gleichmäßiger Entwicklung zu erhalten wie die Entwicklung der Produktion. Weil es nicht so ist, erträgt schon jeder Ausführung den Kern einer kommenden Krise in sich, die um so durchsichtiger wirkt als sich genannte Wirtschaftskrisse stärker zeigen. Unerhört ist es aber, wenn wir sehen, wie trog des industriellen Ausschlags jede Arbeitszeitverkürzung, jeder Großes Mehrlohn erst entsteht und erzeugt werden muss, wie oft gerade die besten Geschäftsperioden spürbar für die Arbeiter vorübergehen. Hier ist Mehrleistung Triumph, siegen die Löhne, dann beginnen andere Kräfte, um die Brüderlichkeit der Lohnstätigkeiten einzuhören, sie zum teil aussortiert zu machen. Wäre es anders, suchte man die Haftkraft des Volkes zu haben, suchte Volksbedarf und Produktion näher zu bringen, dann wäre es anders aus. Aber das sind ja töbne Gedanken. Man handelt nach dem Grundsatz: "Nach uns die Sintflut!" Darum haben wir alle Ursache, unsere Kameraden auf die kommenden Dinge vorzubereiten. Gerade in den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirken kann sich die Gleichgültigkeit furchtbar rächen.

Die kapitalistischen Unternehmer können einer kommenden Depression ruhiger entgegensehen — nicht aber die Arbeiter. Die wenigen Pfennige Mehrlöhne basieren meist auf Mehrleistung, dabei findet eine geradezu besorgniserregende Anhäufung von Arbeitskräften in den Industriezentren statt, von allen anderen, ließ Abel bewirkt machen, abgesehen. Was den Kameraden wenigstens eine gewisse Sicherung gibt, auch für die Zeit der Depression, das ist die Organisation. Es ist kein Zufall, dass die Arbeiterverbände Unterstützungen vorgesehen haben, die von vornherein auf die nächsten Geschäftszeiten zugeschnitten sind, doch das nur nebenbei.

Hätten wir starke Arbeiterverbände, wie wir starke Unternehmensorganisationen haben, dann könnten wir die Arbeiter Vorsorge für die Zeit der Krise treffen. Und würden die Gewerkschaften nicht vornehmlich das beste Schutzzertifikat für die Arbeiter? Insfern hat die Deutsche Bergwerks-Zeitung nicht, als die Syndikate der Werksbesitzer eine Verhüllung bilden für kommende Eventualitäten. Das gilt aber weniger für die Gesamtheit, als für die Werksbesitzer selbst.

Wollten die Arbeiter doch endlich gleiche Wege wandeln in der Bildung starker, starker Organisationen. Gerade jetzt ist es Zeit, Einkehr zu halten. Jetzt, wo die flotte Geschäftszeit den Arbeitern wie unseren Kameraden mehr Elfenbogenfreiheit für den Kampf um die berechtigten Wünsche lässt, als die laue Geschäftsperiode. Deider kommt Täuschen dieser Gedanke noch immer nicht. Das wird sich noch bitterlich rächen an unseren Bergleuten.

Wir mahnen nochmals, die jetzige Geschäftsperiode tüchtig für den Ausbau der Organisation zu benutzen, ehe es zu spät ist. Uns drohen wirtschaftliche Gefahren, und da heißt es sich enger aneinander zu drücken. Lähmt schon die Berüttelung der Bergarbeiter in mehreren Verbänden die Aktionsfähigkeit der Bergarbeiter, so soll nicht obendrein noch bei vielen Kameraden die Gleichgültigkeit dem Verbergen entgegenarbeiten. Sollen die organisierten Arbeiter immer noch unter der Schafsmilizität ihrer unorganisierten Kameraden unterdrückt werden? Wer ein ehrlicher Mensch sein will, darf solch ein Verbrechen an seine Mitmenschen nicht auf sich laden.

Stärkt darum die Organisation! Ginein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Der Streit der mitteldutschen Braunkohlenbergleute.

(Schluß.)

Wenn größere Streiks hinter uns liegen, die Waffen ruhn, dann geschieht es sich nicht nur, deren Geschichte zu schreiben, sondern aus ihnen auch die nötigen Lehren zu ziehen. Und jeder Streit bringt neue Übereinstimmungen, wirkt neue Lehren an die Oberfläche. Streiks sind die Prüffstelle für die Organisation. Schwäche und Stärke messen sich an ersteren ab, da der wirtschaftliche Krieg unerbittlich die Lücken zeigt, die in der Organisation der Arbeiter noch vorhanden sind. Anders wird es auch wohl nicht bei den Unternehmern sein. Nicht die Überzeugung vor der Berechtigung der Unternehmer- oder Arbeitersache ist ausschlaggebend bei den modernen Kämpfen, sondern andere Vorzüge predachen eine zudeutsche Sprache mit.

Streiks sind das äußerste Mittel in Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten. Wenn nichts mehr helfen will, kommt es zum Kampf, und dieses erfordert oft schwere Opfer für beide Teile. Das Opfer gebracht werden müssen, ist nicht das Schlimmste. Böse sieht es indesten aus, wenn der Streit in sich schon Mängel aufweist, wenn Erfahrung und Unzicherheit den Streit beherrschen. Trotz der größten Opfer bricht der Streit dann in sich zusammen und jahrelange Mühe kostet es, um das Versöhnung wieder aufzubauen und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter von neuem zu heben. Das haben wir in Mitteldutschland genügend erfahren können und die Ursache, daß 1897 wie 1900 die Streiks nicht die erwünschten

Erfolge brachten, lag nicht ganz in der damaligen finanziellen Schwäche der Organisation. Vor allen Dingen wäre es nicht so weit gekommen wie in den Hallen Niederrhein, wo heute die Organisation geradezu ausgeschaltet ist bei den Bergleuten. Erst jetzt scheint man sich dort eines besseren zu bestimmen, nachdem man sich dem Eindruck des letzten Streiks nicht mehr entziehen kann. Schlimm genug, daß die Erfahrung so spät kommt. Hoffentlich wird es nun besser. Die Schulung der Bergarbeiter läuft viel zu wünschen übrig. Woran es liegt, mag hier unerörtert bleiben. Aber was liegt man zu Leuten, die sich nur bei Streiks der Organisation erinnern, sie werden erst bei Ausbruch des Streiks Mitglieder und laufen nachher wieder davon. Es ist darum schon vorgekommen, daß hierdurch die schwer errungenen Früchte des Streiks wieder verloren gingen. Und wieder kam es vor, daß selbst nach verlorenen Streiks die Erfolge nicht ausblieben, wo die Organisation nachdrücklich nicht abbrachte.

Gibt das Gelingen eines Streiks sind folgende Bedingungen wichtig: Erstens eine starke Organisation, zweitens viel Geld, drittens Disziplin. Dann kommen die weiteren Gebote für den Kampf. Er darf nicht zur unrichtigen Zeit einzehen, es darf aber auch nicht einer der beiden Beteiligten seinen Gegner unter sich selbst überlässt. Verbände werden heute noch schwerlich Kämpfe an sich herantreten lassen, wenn nicht eigene Vorbereitungen vorhanden sind. Und doch waren wir oft genug gezwungen, uns hinter Kämpfe zu stellen, bei denen diese Vorbereitungen mindestens zum Teil fehlten. Das war fast bei allen größeren Bergarbeiterstreiks in den letzten Jahren der Fall, ferner erst recht.

Gibt es eine gute Organisation. Wer nicht sieht, soll auch nicht erinnern. So selbstverständlich dieser Grundtag ist, so wenig hat er vor Kämpfen einen großen Teil der Kameraden überwältigt. Erst dann, wenn man dem Streik nicht aus dem Wege gehen kann, wird der Weg zur Organisation gefunden, weil sonst die Unterstützung ausbleibt. Wir könnten solches Vorgehen noch begreiflich finden, wenn dieser Teil der Kameradschaft von vornherein auf die Unterstützung der Organisation verzichtete. Das geschieht nicht und kann nicht geschehen, wenn nicht der Streik vorzeitig in die Brüche gehen soll. Oder aber es müsste wahr sein, was wir gewöhnlich vor Streiks zu hören bekommen: „Ich brauche keine Organisation, wenn die Zeit kommt, stelle ich schon meinen Mann!“ Wer von den Gewerkschaftsführern hörte nicht mehr wie einmal, daß der Streik nicht lange dauern wird. Manchmal hält es auch sie, die Unternehmer, lassen es nicht zum Streik kommen! Diese Überzeugungen vergessen nur, sich zu merken, daß die Mahnung der „Arbeitgeber-Zeitung“ bei den Unternehmern weit mehr gefruchtet hat als bei den Bergleuten. „Die sichere Gewähr — heißt es da — für die Erhaltung des Friedens bildet die steife Kriegsbereitschaft“. Und kommt dieser Krieg, dann finden wir gewöhnlich auch die Werksbesitzer gerüstet, und zwar nicht erst seit gestern, und sie lassen auch keinen Kampf hinter sich, ohne nachzuholen, was sie etwa versäumt hätten. Weil es so ist, muß von vornherein auf langwierige schwere Kämpfe Rücksicht genommen werden, auch im Bergbau, wo das Unternehmertum im allgemeinen schon wirtschaftlich eine bedeutende Machtstellung einnimmt. Sollen solche Kämpfe aber durchgeführt werden, dann heißt es Geldopfer bringen, nicht nur nach dem Streik, sondern auch vorher. Es ist ein Skandal, wenn wir erleben müssen, wie der Bergarbeiterverband bei den letzten Streiks schwere Geldsummen auszahlen mußte für Leute, die vorher wohl Geld für allerhand Klümpchen übrig hatten, aber der Organisation fern blieben. In Mitteldutschland waren mindestens die Hälfte der Kameraden, die Unterstützung bezogen, vor dem Streik unorganisiert, in Gottesherr in Schlesien war es nicht anders. Noch schlimmer gefallene sich das Bild, wollten wir den Stand der Streiks und der Organisation nach einzelnen Schächten aufzulösen. Kein Wunder also, wenn im mitteldutschen Bergarbeiterstreik mehrere Gruben am Streik beteiligt waren und doch nahezu voll fürderen. Wo es der Fall war, da blieb nach dem Streik auch die Nachfrage nicht aus. Hier haben wir die Maßregelungen bekommen. Es wird darum später zu überlegen sein, ob solche Werke im Streik mitzuhalten sind.

Es ist auch nützlich auszusprechen, daß bei Streiks die Gelder nur solchen Kameraden zuflossen, die für den Kampf vorgeorgt haben. Vieter die Zahl der organisierten Kameraden für die Durchführung eines Streiks keine Gewähr, dann hat der Streik zu unterbleiben, bis die Organisation genügend erstart ist. Auch darauf ist zu achten, daß die Organisation lange genug in den Revieren besteht. Dieses gilt vor allen Dingen bei Angriffsstreiks. Wie schon oben angedeutet, beziehen Kameraden Wochen- oft monatelang Unterstützung, heimsen die Früchte des Kampfes ein und kaum ist der Streik zu Ende, sucht man schon nach Gründen, um der Organisation wieder den Rücken zu kehren. Und solche Kameraden gibt es übergenug. Ist es nicht Eisenstaal an den organisierten Kameraden, wenn man herkommt und die Rassen ausplündert hilft, dann sich aber drückt? Mögen darum hier und dort auch Unannehmlichkeiten entstehen, aber der Verband wird Vorsorge treffen, daß solche Dinge nicht mehr passieren. Langjährige Zugehörigkeit zur Organisation stärkt den Opfermut und auch die Disziplin. Das ist

Binsenwahrheit. Wir erleben ja bei allen Streiks, daß mancher den Anordnungen der Streitleitung nur mit Widerwillen sich fügt. Viel Kopf, viel Sinne, Scheinen die Organisationen aber die Mittel zum Kampf, stellen die Verbände alles zur Verfügung, um den Streit wirklich zu gestalten, so haben sie ein Wort mitzutun und man mag es sich schon gefallen lassen, wenn die einzelnen Anordnungen dieser oder jener Streitenden nicht behagen. Welcher Aufwand an Disziplin und Kameradschaftlichkeit ist nicht vor dem Streik nötig, mehr noch, wenn der Kampf beginnt. Aber auch nach dem Streik dürfen diese Eigenschaften nicht über Bord geworfen werden. Geht ein Streik verloren, entsteht uns Feinde überall, die jeden Gedanken für eine spätere Abrechnung bei den Kameraden zu verschuchen suchen. Aber die Feinde schlafen auch auch nicht, wenn der Streik für die Arbeiter einen glänzenden Ausgang hat. Das beweist wieder Mitteldutschland. Eine ganze Einzahl kleine Streiks brachen noch nachdrücklich aus, weil es einzelnen Beamten geliefert, dieser oder jener Erkrankung eine andere Auslegung zu geben. Und erlebten wir nicht, daß nach dem Streik sich selbst Bergarbeiter fanden, die bei der Abstimmung über den Meistrundentag sich gegen diesen erklärten? Darunter befanden sich auch solche Arbeiter, die mit gestreift hatten. Wir haben nur die einzige Genugtuung, daß sich diese Kameraden unsterblich blamiert haben. Eine harte Prüfung haben die Kameraden auch zu bestehen, wo die Abschaffung der getrennten Gedinge vor sich gehen wird. Dieses unfreie System hat sich so eingebürgert in den Braunkohlengruben, daß die Besetzung hier und dort noch Widerstand findet. Es gibt Kameraden, die da glauben, die Arbeitsleistung müsse nach dem Schema „ff“ ausgeschnitten sein. Besonders sind es die bekannten Wöhler, die sich geschädigt fühlen, die aber nicht wissen, wie sie sich dabei selbst ins eigene Fleisch schneiden.

Aber noch eins ist festzuhalten. Es muß mehr getan werden, um die Tagearbeiter zu organisieren. Wir wissen sehr wohl, daß in den Braunkohlenrevieren die Braumitarbeiter vielfach fremdsprachige Arbeiter sind und doch dürfen diese nicht leichtweg befehlte gehoben werden. Tritt ein Streik ein, können sie uns immerhin gefährlich werden, wie ja der Tagebaubetrieb überhaupt eine sehr große Rolle spielt bei Ausfällen. Ist die Kohle abgeräumt, dann schaffen wenige Männer täglich Hunderte von Hunden und der Streik wird in die Länge gezogen. Und kam es nicht vor, daß Tagearbeiter sogar aus Fabriken in die Gruben kommandiert wurden? Organisiert darum auch die Tagearbeiter.

Bei Arbeit steht also den Kameraden in Mitteldutschland bevor. Doch sie haben eines für sich: Die drei großen Streiks von 1897, 1900 und 1906 haben unsere Kameraden nicht mehr darüber im Unklaren gelassen, welche Bedeutung die Organisation hat. Mancher unserer Kritiker von ehedem hat sich schon während des Streites Reserve auferlegen müssen und sie werden nun wohl ganz bekehrt sein. Sich selber schulen und Schulung vornehmen ist jetzt die nächste Aufgabe unserer mitteldutschen Kameraden. Es kommen Wahlen, andere Arbeiten treten in Mitteldutschland an uns heran. Wir sind nicht mehr im Unklaren darüber, daß die Kameraden ihren Mann stellen werden. Die Feinde sind wach, schlafen wir nicht. Die nächste Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes wird sich ja noch mit den letzten Streiks zu beschäftigen haben, wie das Kapitel Streit und Vorbewegung wohlständig ein Punkt der Diskussion innerhalb des Verbandes bilden wird. Und es wird sich auch zeigen, ob unsere Kameraden die richtigen Schlüsse aus den Kämpfen ziehen. Geschieht es, dann braucht uns vor der Zukunft nicht bangen zu sein.

Meldungen aus der Montanindustrie.

Das rheinisch-westfälische Kohlenkonsortium beschloß wegen der günstigen Marktlage von der Gewährung von Ausfuhrvergütungen ab 1. Juli abzusehen. Der Beitschlag vom 21. April bleibt ab 1. Juli bis auf weiteres aufrecht erhalten, er ist aber noch dahin ergänzt worden, daß für Lieferungen nach dem Ausland, die vor dem 21. April abgeschlossen sind und sofern darauf nach dem 1. Juli noch Lieferungen zu erfolgen haben, die Vergütung in bisheriger Weise bestehen bleibt.

Ein Beispiel, wie glänzend die Lage im Ruhrbergbau ist. In der „B.“ veröffentlicht ein Eisenhändler die Antworten, die ihm auf eine Anfrage betreffs Lieferung von Mieten-Hüttenstein erteilt wurden. Auch diese Antworten bestätigen, daß nicht nur in der Kohlenindustrie, sondern auch in der Eisenindustrie große Zufriedenheit über die Lage herrschen kann. Es heißt da:

Auf eine Anfrage nach Mieten-Hüttenstein zwecks Export nach Japan teilte ihm der Oberdeutsche Stahlwerksverband mit, daß er auf eine Aufforderung verzichten müsse, da er ausverkauft sei und eine etwaige Aufforderung für dieses Jahr nicht zur Ausführung bringen könne. Der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein erklärte, daß die Gesellschaft bis Ende dieses Jahres ausverkauft sei und deshalb mit einem Angebot nicht mehr dienen könne. Eine gleichlautende Antwort wurde dem Besteller seitens der Phoenix-U.-G. zu teilen, monach auch sie mit Offeren in Stabeisen nicht dienen könne, da sie für 1906 gleichfalls völlig ausverkauft sei.

Der Kohlenverband aus den sächsischen Revieren weiß, von einigen Schwankungen abgesehen, eine standige Steigerung auf. 1848 wurden 37.750 Tonnen verschickt, 1860 bereits 825.105, von da bis 1870 war die größte jemals beobachtete Steigerung in 10 Jahren zu ver-

arbeiten und von Großbritannien) erst 1889 gegründet. Der Engländer ist kein unter Polizeiaufsicht erzogener Staatsbürger, sondern erfreut sich freiheitlicher Staats- und Gemeindeeinrichtungen. Seinen Widerwillen gegen Uniformierung überträgt er auch auf seine Gemeinschaft. Auch die kleinste Gruppe will ein möglichst freier Selbstverwaltungkörper sein. Hinzu kommt noch die manchmal außäufige Eiferjagd zwischen den einzelnen Landesgruppen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien. Der Walliser will kein Engländer, der Engländer kein Walliser sein, der Schotte will stolz auf seine engere Heimat und sagt, er sei kein Engländer; dieser wieder macht auch seinen Unterschied zwischen Schotten und Engländern. Wiederholt zeigte man mir die Städte, wo im 14. Jahrhundert blutige Schlächte zwischen Engländern und Schotten stattfanden. Die ländlichen Arbeitserzeugungen sind im Großen lebendig geblieben. Nun wirken der Volkscharakter, die geistlichen Überlieferungen und die lokalen Eigentümlichkeiten zusammen und liefern gewerkschaftliche Zentralorganisationen, wie wir sie in Deutschland haben, nicht aufkommen. Am meisten gleicht die Organisation der vereinigten Maschinenbauer (Amalgamated Engineers) in ihrem inneren Ausbau den deutschen Zentralverbänden.

Allerdings geht durchschnittlich die Zahl der selbständigen Einzelvereinigungen seit Jahren zurück. 1895 gab es 1289 Trade Unions, 1900 noch 1245, 1901 „nur“ noch 1148. Meistens verschwinden aus dem Register kleinere Vereine, die sich auflösen, von den Unternehmern zerstört wurden oder sich den größeren Unions des betreffenden Bezirks anschlossen. Nach dem letzten Bericht bestanden für den Northumberland 4. Organisationen, in Durham 2, in Yorkshire 4, in Lancashire und Cheshire 7 (eine davon mit 30 Mitgliedern, sie ist 1905 aufgelöst), in Westengland 19 (sie hat sich 1901 aufgelöst [78 Mitglieder], eine löste sich 1903 auf mit 32 Mitgliedern), in Wales und Monmouthshire 8 (eine hat sich 1903 mit 322 Mitgliedern der südwalesischen Federation angegeschlossen, eine andere löste sich 1901 auf, 983 Mitglieder), in Schottland 20 (eine mit 320 Mitgliedern löste sich 1903 auf).

Diese Zusammenstellung zeigt schon, daß in der britischen Bergarbeiterorganisation gar nicht die Beständigkeit herrscht, die wir vermuteten. Der Generalbericht für 1892 verzeichnete 73 Bergarbeiterorganisationen für ganz Großbritannien. 1895 sind allein für die Kohlenbergleute 82 Unions angegeben. 1900 wurde über 50 berichtet und augenscheinlich sollen es noch 56 sein. Die Berichterstattung erfolgt nicht regelmäßig und einheitlich, wie die Differenzen zwischen den einzelnen (von staatlichen Arbeitsamt herausgegebenen) Berichten (Reports) erkennen lassen. Immerhin sieht man aber doch, daß sich allmählich eine Anzahlung der kleineren Unions und ihr Angriff an die größeren nördlicht.

Interessieren wird es unseren Kameraden, zu erfahren, daß auch die untersten Grubenangestellten ihre Gewerkschaften haben! In Northumberland besteht seit 1870 eine solche Union (Northumberland Deputies), die 1904 1165 Mitglieder besaß. Ebenfalls besteht in Durham eine Beamten-Gewerkschaft (Durham Deputy Deputies), gegründet 1870; 1904 hatte sie 1851 Mitglieder. Ferner existiert seit 1893 für Nottingham eine Beamten-Gewerkschaft (Under-Manager und Deputies), die 1904 84 Mitglieder zählte. Oft machen diese Beamten-Gewerkschaften mit den Arbeiterverbänden gemeinsame Sache gegen die Kapitalisten, woran sich die deutschen Grubenbeamten ein Beispiel nehmen können.

Erkannt ist man über die Spezialorganisationen in der Bergwerksindustrie. Die Waschmänner, die Kesselheizer, die Kohlensäurearbeiter, das Personal der Grubeneisenbahnen, die Reparaturlokomotiven und ihre Gütekörper sind vielfach gesondert organisiert. Die eigentlich Bergarbeiterverbände beschränken sich jetzt überall nur auf die unterirdischen Arbeiter, wenigstens wird der Oberflägsarbeiter nicht genügt, der Minersunion beizutreten. Es wird in zahlreichen englischen Gewerkschaften ein Unterschied zwischen „gelehrten“ und „ungelernten“ Arbeitern gemacht. Zu den ersten werden im Bergbau in der Regel nur die Untertagsarbeiter gerechnet. Die Oberflägsarbeiter zu gewinnen, gibt man sich sehr wenig Mühe. Darum wurden einerseits die Oberflägsarbeiter veranlaßt, sich gefördert zu organisieren oder sie bleibten unorganisiert, andererseits ist ein Kraftengel entstanden, den wir in Deutschland nicht kennen und nach dem wir auch kein Verlangen haben. Was die britischen Bergarbeiterverbände erfanden, mußte genauso die Untertagsarbeiter beschränkte Organisation mit einer bestimmten Arbeitergemeinde augute konnen; die übrigen profitierten davon nur indirekt und viel weniger. Darauf kommen wir noch in einem anderen Zusammenhang zurück.

Betrachten wir uns die innere Verfassung der Bergarbeiterverbände. Sie ist in den verschiedenen Revieren und Grafschaften verschieden, in denen in der Hauptstädte gleichmäßig.

Der breiten Unterbau bilden die „Branchen“ (Gehälter, Ortsgruppen). Jedoch sind diese nicht wie bei uns nach Ortschaften eingeteilt, sondern es besteht die Schachtdisziplin! Ich habe mich überzeugt, daß diese Organisationsform besser ist, als die unserer Ortsgruppen. Soviel Schächtebelegschaften organisiert sind, so viel „Branchen“ besitzt der Revierverband (County Union). Ende 1904 befanden die 57 Unions der Kohlenbergleute 2056 solchen „Branchen“ oder Schachtdisziplinen. Häufig gehören aber auch mehrere benachbarte, demselben Unternehmer gehörige Schächte zusammen einer „Branche“ an.

Die „Branchen“ eines Reviers oder einer Grafschaft bilden zusammen die Revierunion oder den Grafschaftsverband (County

Englische Bergarbeiterverhältnisse.*)

I.

Ausbau der Organisation.

In Deutschland heißt man sehr viele falsche Vorstellungen von den Verhältnissen der Arbeiter in Großbritannien. Woran die Schuld liegt, mag unerhört bleiben. Ich kann sagen, daß ich genötigt war, sehr vieles von dem, was mir bisher über Großbritanniens soziale Zustände aus Zeitungen und Büchern bekannt war, umzulernen. Was ich verabschiedet und gelernt habe, möchte ich den Kameraden durch diese Zeitung vermitteln.

Zunächst interessierten mich als Gewerkschafter im „Lande der Gewerkschaften“ natürlich die Organisationen der britischen Arbeiter-Spezial, wußte ich meine Kenntnis der Organisationen der Bergarbeiter und der Metallarbeiter zu; in erster Linie den Bergarbeiterverbänden. Was wir in Deutschland als ein demokratisches modernes Organisationsmodell betrachten, die Zentralisation der Kräfte, das ist in England nicht vor, zählt nicht weniger als 1148 Trade Unions (Gewerkschaftliche Vereinigungen) auf. Für die Kohlenbergleute gab es in dem Jahre 1904 58 Vereinigungen, angetreten für die Erzbergleute und Steinbrucharbeiter noch etwa 112, und Organisatoren waren nach dem letzten Bericht 1901 720. Schließlich und das ist der zweite Punkt, auch haben jetzt viele Gewerkschaften starke Kräfte. Aber sehr, sehr viel Kraft, Gelb und Zeit geht zweitens verloren durch die ungewöhnliche Berüttelung in weit über tausend Vereinigungen. Das ist der Engländer nicht schon längst radikal abgeändert hat, ist um so wunderlicher, ja er doch sonst so praktisch handelt. Wie mir gelagert wurde, machen die einzelnen Großfirmaverbände eisernfestig über ihre Selbstständigkeit. Die ältesten Trade Unions waren lokale Organisationen, erst viel später schlossen sich diese — aber längst nicht alle — zu Distrikts-, Grafschafts- oder Revierverbänden zusammen. Verbindungen jüngerer Revierverbände (Federationen) sind hauptsächlich in den letzten 20 Jahren zustande gekommen. So wurde die Miners Federation of Great Britain (Bergarbeiter-

* Generalverband der Federation:

gezogenen, nämlich auf 1.925.570 Tonnen, die Steigerung begünstigte sich auf mehr als eine Million Tonnen. 1880 war eine Ausfuhr von 2.728.570 Tonnen zu verzeichnen und 1890 eine solche von 8.179.047, bis 1900 stieg der Verband auf 4.120.200 Tonnen. Unter dem Drucke der dann eingeschlagenen wirtschaftlichen Krise verminderte sich der Verband auf 3.785.854 Tonnen, worauf wieder ein langsames Steigen einsetzte, bis 1904 mit 4.150.128 Tonnen die höchste Verbandsziffer erreicht wurde. Der Hauptteil des Verbands entstammt natürlich aus den Steinöfen, wovon 1904 8.599.048 Tonnen ausgespielt wurden. Vom Braunkohlenverband liegen überhaupt erst seit 1880 Nachweise vor. Er betrug im 17.480 Tonnen. Unter fortwährender Steigerung erreichte er 1900 mit 408.185 Tonnen die Höchstziffer, worauf ebenfalls ein Rückgang auf 376.727 im Jahre 1901 eintrat. Darauf stetiges Ansteigen, bis 1904 ein Gesamtverband des Braunkohlen von 650.982 Tonnen erreicht wurde. Was die einzelnen sächsischen Steinöfenbetrieben angeht, so ist das ertragreichste noch immer das Zwicker Becken. Doch ist hier seit 1898 ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen. Zu diesem Jahre wurden aus diesem Steinöfenbezirk 2.040.827 Tonnen verband, 1900 1.947.192 und 1904 1.819.650 Tonnen. Die Verbandsziffer von diesem Jahre war niedriger als die von 1880, die 1.981.010 Tonnen betrug. Die absolut geringste Förderung im Zwicker Becken seit 1880 war 1.709.718 Tonnen zu verzeichnen. Tropfmomentane Steigerung der Ausfuhr lehren die Differenz, daß im Zwicker Becken die Kohlenproduktion in Abnahme begriffen ist. Das ist zurückzuführen auf die teilweise Erschöpfung der Zwicker Kohlegruben.

Zwischen die Verwaltung der Niederlausitzer Kohlenwerke in ihrem Geschäftsbericht behauptet, daß die Fertigungskosten sich nicht wesentlich gesteigert haben, erhöhte sich die Förderung von 10.889.207 Hektoliter auf 12.225.892 Hektoliter, wodurch gegen das Vorjahr eine Steigerung von 17,7 Prozent; der Betriebsüberschuss beträgt 844.005 Mt. gegen 684.000 Mt. im vorhergehenden Jahr. Das ist eine Steigerung von 83 Prog. Also können die Niederländer trock. Steigerung der Fertigungskosten recht aufzuheben sein. Durch den Streit im Ruhrgebiet erlitt die Gewerkschaft Ludwig & Cie. einen Schaden von 500.000 Mt.; es betrugen die Geldergebnisse 1.631.171 Mt. im letzten Geschäftsjahr; hier von sind abzuziehen 420.177 Mt. Zinsen für Grund- und Hypotheken- schuld; 250.000 Mt. Gerichtskosten, Stempel und Unkosten für Aufnahme der Begebung der neuen Anleihe, dann noch 554.000 Mt. Abschreibungen, sodass als Ausgabe nur noch 400.000 Mt. verteilt werden sollen. Die Firma ist inzwischen hatte das Malheur, daß am 8. September 1904 eine große Dampfkesselsprengung erfolgte und der Betrieb erst Mitte September 1905 wieder voll in Betrieb kam. Und doch ergab das kleine Werk noch einen Bruttogewinn von 88.688,77 Mt. im Geschäftsjahr 1905/06.

Erschließung neuer Kohlenzüge. Wie französische Zeitungen berichten, hat man bei Doménech, nahe an der Grenze zwischen Frankreich und Lothringen zwei Kohlenzüge aufgeschlossen, die eine Mächtigkeit von 2,50 Meter aufweisen. Man glaubt, daß das Saarlandebett in südwestlicher Richtung sich durch ganz Lothringen fortsetzt.

Über die Weltgewinnung an Holz bringt die „A. Jtg.“ folgende interessante Zusammenstellung. Die Beteiligung der verschiedenen Länder, in denen Petroleum gewonnen wird, an der Petroleumindustrie in den letzten Jahren veranschaulicht folgende, die Beteiligung nach Prozenten angegebende Tabelle:

	1901	1902	1903	1904	1905
Umerkta.	42,23	48,25	51,74	52,50	62,10
Niederland.	51,88	48,50	88,48	87,12	25,60
Niederland. Indien	1,84	3,17	8,40	3,50	4,25
Galizien	1,96	2,24	2,67	2,99	2,88
Rumänien	0,85	1,11	1,42	1,74	2,10
British-Indien	0,86	0,87	1,29	1,42	1,64
zweite Ränder	0,88	0,92	0,76	0,82	1,80

Bemerkenswert scheint darin die stark aufsteigende Bewegung des amerikanischen und die noch stärkere rückläufige Bewegung des russischen Anteils. Der Anteil von Niederländisch-Indien ist zwar ebenfalls nicht unbeträchtlich gewachsen, macht aber trotzdem mit einem kleinen Bruchteil der Weltgewinnung aus.

Über amerikanische Projekte in Russland berichtet die „Industrie“. Amerikanische Kapitalisten haben in St. Petersburg neuerdings verschiedentlich Schritte getan, um Konzessionen zu gewerblichen Unternehmungen in großem Umfang zu erlangen. Ihre Agenten halten sich zu diesem Zwecke seit einiger Zeit in St. Petersburg auf, ohne daß jedoch ihre Bemühungen bisher zu einem Ende geführt haben. Ein Projekt, welches noch am meisten Aussicht auf Erfolg bieten könnte, betrifft die Ausnutzung der Wasserkräfte Finnlands. Danach soll ein Herr Mr. Jackson mit der Stadt St. Petersburg einen Vertrag schließen, durch welchen er sich verpflichtet, durch Ausnutzung der Wasserkräfte vom Wasser der Stadt billige elektrische Kraft zu Berechtigungszwecken und zum Betrieb der Straßenbahnen zu liefern. Ein anderer Plan von weit größerer Bedeutung wurde ebenfalls von amerikanischen Interessenten den russischen Behörden unterbreitet, um eine direkte Bahnverbindung von Sibirien nach Alaska herzustellen. Diese Linie soll von Irkutsk ausgehend Wladiwostok, Petropawlowsk berühren und an der Beringstraße in einen Tunnel münden, der nicht länger als der Simplontunnel sein würde, da die Benutzung zweier Inseln in der Beringstraße möglich ist. In Alaska würde sich die Bahn, deren Gesamtlänge 5000 Kilometer ausmachen würde, dem amerikanischen Eisenbahnnetz anschließen. Die Kosten werden auf 470 Millionen Rubel veranschlagt. Die amerikanische Gesellschaft will die Bahn unter den für die russische Regierung denkbaren günstigsten Bedingungen bauen und namentlich auf eine Garantie verzichten. Sie verlangt jedoch Landparzellen zu jeder Seite der Eisenbahn bis 12 Meter, welche sie 90 Jahre lang frei ausmieten darf. Nach Ablauf dieser Zeit soll der ganze Betrieb dem russischen

Union). Nach dem letzten Generalbericht seien sich die größten Gräfschaftsverbände wie folgt zusammen:

Gräfschaftsverband	Bahl der Branchen	Bahl der Mitglieder
Northumberland Miners	65	23.364
Durham Miners	195	89.914
Cumberland Miners	19	3.250
Yorkshire Miners	147	56.690
Lancashire und Cheshire Miners-Federation	97	33.301
Derbyshire Miners	73	24.420
Nottinghamshire Miners	50	20.982
Süd-Wales Miners-Federation	22	5.277
Groß-Wales Miners	331	117.097
Herefordshire Miners	46	12.000
Shropshire Miners	96	25.500

Jede Branche oder Zechenbelegschaft wählt eine Lokalverwaltung (Local-Committee). Sie wird nachdem alle 3-6 Monate neu gewählt und hat dieselben Geschäfte wie unsere Ortsverwaltungen zu besorgen, mit dem Unterschied, daß die Local-Committee's selbständig über Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern beschließen. Die Polizei kümmert sich nicht um geringsten um die Mitgliedschaften. Der wöchentliche Beitrag beträgt 8 Pence, 14-tägig 1 Schilling (1 Schilling gleich 1 Mark, der Schilling hat 12 Pence). In einigen Gräfschaften ist der Beitrag geringer, in anderen höher, durchschnittlich wird aber in den der großen britischen Miners Federation angeschlossenen Unions alle 14 Tage 1 Schilling Beitrag gezahlt. Die Beiträge werden auf der Zechen einlastet. Es kann auf den Zechenplätzen von der Union erbaute Holzbaracken (Unionshaus). Dort sitzt am Bahnhof das Local-Committee und kassiert (gegenüber dem Zechenbüro) die Beiträge ein! Hieraus ist schon zu erkennen, welche Einfluss sich die Bergarbeiterverbände in Großbritannien eroberten. Kein Beamter treibt die Gewerkschaftsvertretung vom Zechenplatz, keiner wagt sie zu stören; im Gegenteil, die Local-Committee's werden entgegenkommen behandelt. Natürlich hängt alles von der Stärke der Schachtdorganisation ab; wo sie schwach oder gar nicht vorhanden ist, da spielt der Manager (Betriebsleiter) den „Herrn im Hause“, wenn auch nicht ganz nach vorurtheilichen Art.

Von jedem Schilling Beitrag bleiben 2 Pence in der Lokalkasse zur Befreiung der lokalen Unkosten. 10 Pence müssen an die Unionskasse abgeführt werden. Jede Branche wählt einen Delegierten zu der Generalversammlung der Union, z. B. in London. Hier findet die Generalversammlung alle 6 Monate statt. Ihr wird der gedruckte Halbjahresbericht zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt. Die Generalversammlung wählt per Stimmentzettel den Unionsvorstand (Executive Council), der aus dem I. und II. Präsidenten, einem General-

sekretär, einem Finanzsekretär, einem Kassenverwalter, zwei „Agenten“, acht Beisitzern und mehreren Beisitzern besteht. Die Gewerkschaftsbeamten sind also nicht gewissermaßen „auf Lebenszeit“ angestellt, sondern müssen sich alle sechs Monate einer Neuwahl unterziehen. Das Unionsstatut gibt den Mitgliedernvertretern ein sehr schärfes Kontrollrecht über die Beamten. Überhaupt ist das demokratische System in den Statuten unserer britischen Bruderverorganisationen sehr prinzipiell aufgestellt.

Die Generalversammlung des Revierverbandes hat außer Vorstandswahl und Rechnungsangelegenheiten auch noch alle beruflichen und sozialpolitischen Fragen zu erörtern, die lediglich das betreffende Revier angehen. Von dieser Generalversammlung werden die Delegierten zu der Konferenz der Federations-Föderation gewählt; z. B. in Südwales und Schottland haben sich die Revierunions extra zusammengetragen zu einer Vereinigung der Revierunionen (Federation). Jedoch behält jede Revierunion ihre volle finanzielle Selbstständigkeit, die Federation hat nur Beschlusserhalt in Angelegenheiten, deren Bedeutung über die Grenzen eines Reviers hinausgeht. Nehmen wir an, in ganz Schottland soll eine Lohnforderung gestellt werden. Dies zu beantragen hat jede Revierunion das Recht, aber über den Antrag kann nur die Konferenz aller schottischen Bergarbeiterverbände (Schottische Federation) entscheiden. Ebenso kann eine Branche oder eine Revierunion nur über den Streit der Branche oder des Reviers entscheiden. Goll der Streit alle Reviers umfassen, so kann das nur die Federation der Revierunions beschließen. Ferner entscheidet die Federationskonferenz über Anträge betr. die Gesetzgebung, d. h. nur insofern, ob die Anträge der Konferenz der großen britischen Miners Federation oder der Revierunionen vorgelegt werden sollen. Also bewahren die Branchen und Revierunions ihre selbständige Verwaltung und das Recht, alle nur ihren Bezirk betreffenden Beschlüsse völlig selbstständig zu fassen. Insbesondere hat die Federationskonferenz nicht das geringste Beschlusserhalt hinsichtlich der Beitragsberechnung und der Unterstützungsleistung in den einzelnen Revierorganisationen. Zur Befreiung der Federationsunkosten zahlt (in Schottland) jede Revierunion pro Mitglied und Jahr 6 Pence in die Federationskasse.

Die Landesfederationen (Südwales und Schottland) und die Gräfschaftsverbände gehören endlich der großen britischen Miners Federation an. Mit Ausnahme der Organisationen von Durham und Northumberland; sie stehen noch immer abseits. Die Konferenz der britischen Miners-Federation sieht sich zusammen aus Delegierten, die von den Gräfschafts-Unionen gewählt werden. Die Federationskonferenz findet in der Regel jährlich einmal statt. Sie wählt das Präsidium (Executive Committee) der Federation. Zur Zeit ist Kamerad Edward als erster Präsident, Kamerad W. O. D. als zweiter Präsident. Kamerad W. H. A. ist Kassierer, Kamerad W. H. ist General-

sekretär. Außerdem gehören dem Komitee noch 12 Beisitzer an, meistens Vorstände oder Sekretäre der größten Gräfschaftsverbände. Zur Befreiung der lokalen Unkosten zahlt jede Revierorganisation pro Mitglied und Jahr 4 Pence in die Federationskasse. Die Konferenz der großen britischen Miners-Federation ist die höchste Instanz für die Ausübung der Gewerkschaftsrechte. Insgesamt waren bis zum 30. April die Vereinigungen in 283 Lohnbezirken erledigt. Diese Lohnbezirke umfassen 3028 Orte mit 1745 Unternehmen und 21.028 Gesellen. Die den Unternehmen übermittelten Forderungen betreffen: a) in 110 Fällen Erhöhung des Lohnes, b) in 121 Fällen Abzug des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, c) in einem Falle nur Verkürzung der Arbeitszeit, d) in einem Falle ist die Forderung unbekannt. An Verkürzung der Arbeitszeit wurde speziell gefordert: in 10 Fällen 9 Stunden, in 16 Fällen 1/2 Stunden, in 2 Fällen 9 1/4 Stunden, in 90 Fällen 10 Stunden, in 2 Fällen 10 1/2 Stunden und in einem Falle 11 Stunden. Die Forderungen fanden ihre Geltung in 187 Fällen ohne Streit, und zwar in 104 Fällen durch gegenseitige Vereinbarung und in 23 Fällen ohne Unterhandlung. In 48 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung. Die Bewegungen waren alle bis auf eine von Erfolg. Erreicht wurde: a) eine Verkürzung der Arbeitszeit in 78 Lohnbezirken mit 7120 Maurern. Daraus sind beteiligt: 174 Maurer mit 1/2 Stunde pro Tag, 2818 Maurer mit 1/4 Stunde pro Tag, 2818 Maurer mit 1 Stunde pro Tag und 310 Maurer mit 2 Stunden pro Tag; b) eine Lohnerhöhung in 280 Lohnbezirken mit 2175 Maurern und zwar: in 2 Lohnbezirken mit 3808 Maurern 1 Pf. pro Stunde, in 48 Lohnbezirken mit 3808 Maurern 2 Pf. pro Stunde, in 8 Lohnbezirken mit 718 Maurern 2 1/2 Pf. pro Stunde, in 40 Lohnbezirken mit 4911 Maurern 3 Pf. pro Stunde, in 88 Lohnbezirken mit 1238 Maurern 4 Pf. pro Stunde, in 55 Lohnbezirken mit 6889 Maurern 5 Pf. pro Stunde, in 17 Lohnbezirken mit 749 Maurern 7 Pf. pro Stunde, in 4 Lohnbezirken mit 841 Maurern 7 1/2 Pf. pro Stunde, in 2 Lohnbezirken mit 41 Maurern 8 Pf. pro Stunde, in 4 Lohnbezirken mit 52 Maurern 18 Pf. pro Stunde, in 2 Lohnbezirken mit 218 Maurern 15 Pf. pro Stunde. Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes beträgt pro Stunde 4,1. Erfolge in anderen Punkten wurden in 104 Fällen erzielt und in 120 Fällen kam es zu einem Abschluß eines Tarifvertrages. Kann der Wert einer Arbeiterorganisation noch besser bewiesen werden, als es diese Zahlen tun?

Gründung eines oder mehrerer Deutsche Metallarbeiterverbände? Herr Wiesenthal hat es mit seinen Ständern endlich doch so weit gebracht, einem neuen „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband“ das Leben einzuhauen. Die Gründung ging am 17. Juni vor sich. Außerdem fand in Erfurt noch eine Versammlung statt, in der ein Herr Wiesenthal aus Berlin sprach. Auch dieser Herr wird vom „Gründungsfieber“ geschüttelt, doch soll dieser, jedenfalls auch ein „Allgemeiner deutscher Metallarbeiterverband“, nichts mit der Wiesenthal'schen Richtung zu tun haben. Das Wiesenthal'sche Statut verordnet jede Unterstützungsseinrichtung und Tarifverträge. Wiesenthal hingegen will die Satzungen seines Statuts dahin festlegen, daß die Rechte der Ortsverwaltung eingeschränkt, insbesondere der Beamten, dann soll eine sorgfältige Regelung des Lissenschuhsverfahrens eintreten, wie auch einige Änderungen der Unterstützungsseinrichtungen. Die Urteile der Wiesenthal'schen Gründung liegt in den Differenzen des betreffenden Vertrages, der Lokalverwaltung des Metallarbeiterverbandes in Berlin, und bestehet dieser Streit schon seit langerer Zeit. Obwohl die Generalversammlungen des Metallarbeiterverbandes in letzter Linie das entsprechende Wort auszusprechen hätten, griff Wiesenthal zu dieser Gründung. Nun, der Metallarbeiterverband und die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird keine Ursache haben, sich über diese „gewerkschaftlichen Reichenlebender“ besonders auszutragen. Wohl aber kann der Metallarbeiterverband von allen Arbeiterorganisationen verlangen, daß man derartige zeitige Tätigkeiten gebührend kennzeichnet. Wer, wie Wiesenthal, der Leitung des Metallarbeiterverbandes unterscheidet, daß sie Vertreter an der Arbeitssache seien und die Arbeiterschaft zerfällt, wie auch in ihrer Großmannschaft und ihrem Machtanteil alles zu Sklaven herabdrücken wollen, was ihnen Beitrag zahlt, hat wohl das Recht verloren, die „gekränkte Beverburst“ zu spielen. Herr Wiesenthal will die Preisefreiheit bemühen, um sich seinen traurigen Ruf im „Vormärz“ weiter zu schenken. Wir werden ja sehen, wie's kommt. Selbstverständlich können wir nicht verhindern, wenn der „Vorwärts“ sich zu einer Art „Publikationsorgan“ für Herrn Wiesenthal auf Grund der Preisefreiheit bemühen lassen müßte, wohl aber kann man auch vom „Vorwärts“ voraussehen, daß er der „Zerlegenden sowie arbeitsbeschädigenden Tätigkeit“ eines Wiesenthal und Genossen die gebührende Aufmerksamkeit schenkt und Herrn Wiesenthal

seitdem gehöre dem Komitee noch 12 Beisitzer an, meistens Vorstände oder Sekretäre der größten Gräfschaftsverbände. Zur Befreiung der lokalen Unkosten zahlt jede Revierorganisation pro Mitglied und Jahr 4 Pence in die Federationskasse. Die Konferenz der großen britischen Miners-Federation ist die höchste Instanz für die Ausübung der Gewerkschaftsrechte. Insgesamt waren bis zum 30. April die Vereinigungen in 283 Lohnbezirken erledigt. Diese Lohnbezirke umfassen 3028 Orte mit 1745 Unternehmen und 21.028 Gesellen. Die den Unternehmen übermittelten Forderungen betreffen: a) in 110 Fällen Erhöhung des Lohnes, b) in 121 Fällen Abzug des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, c) in einem Falle nur Verkürzung der Arbeitszeit, d) in einem Falle ist die Forderung unbekannt. An Verkürzung der Arbeitszeit wurde speziell gefordert: in 10 Fällen 9 Stunden, in 16 Fällen 1/2 Stunden, in 2 Fällen 9 1/4 Stunden, in 90 Fällen 10 Stunden, in 2 Fällen 10 1/2 Stunden und in einem Falle 11 Stunden. Die Forderungen fanden ihre Geltung in 187 Fällen ohne Streit, und zwar in 104 Fällen durch gegenseitige Vereinbarung und in 23 Fällen ohne Unterhandlung. In 48 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung. Die Bewegungen waren alle bis auf eine von Erfolg. Erreicht wurde: a) eine Verkürzung der Arbeitszeit in 78 Lohnbezirken mit 7120 Maurern. Daraus sind beteiligt: 174 Maurer mit 1/2 Stunde pro Tag, 2818 Maurer mit 1 Stunde pro Tag und 310 Maurer mit 2 Stunden pro Tag; b) eine Lohnerhöhung in 280 Lohnbezirken mit 2175 Maurern und zwar: in 2 Lohnbezirken mit 3808 Maurern 1 Pf. pro Stunde, in 48 Lohnbezirken mit 3808 Maurern 2 Pf. pro Stunde, in 8 Lohnbezirken mit 718 Maurern 2 1/2 Pf. pro Stunde, in 40 Lohnbezirken mit 4911 Maurern 3 Pf. pro Stunde, in 88 Lohnbezirken mit 1238 Maurern 4 Pf. pro Stunde, in 55 Lohnbezirken mit 6889 Maurern 5 Pf. pro Stunde, in 17 Lohnbezirken mit 749 Maurern 7 Pf. pro Stunde, in 4 Lohnbezirken mit 841 Maurern 7 1/2 Pf. pro Stunde, in 2 Lohnbezirken mit 41 Maurern 8 Pf. pro Stunde, in 4 Lohnbezirken mit 52 Maurern 18 Pf. pro Stunde, in 2 Lohnbezirken mit 218 Maurern 15 Pf. pro Stunde. Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes beträgt pro Stunde 4,1. Erfolge in anderen Punkten wurden in 104 Fällen erzielt und in 120 Fällen kam es zu einem Abschluß eines Tarifvertrages. Kann der Wert einer Arbeiterorganisation noch besser bewiesen werden, als es diese Zahlen tun?

Bevor ich diesen Artikel schließe, will ich noch hervorheben, daß die Kameraden mich überall sehr freundlich aufnehmen, in jeder Weise mit Informationen unterstützen. Ohne diese Kameradschaftlichkeit wäre es mir nicht möglich gewesen, mich über das englische Arbeitserleben

geht, daß in der Arbeiterbewegung kein Platz ist und sein kann für „gewerkschaftliches Herostratentum“. Millionen opferte der Metallarbeiterverband für Arbeiterkämpfe, hunderttausende Arbeiter schreibt der Verband den wirtschaftlichen wie gewerkschaftlichen Erfolg. Ein Platz auf die bisherige Weisheit des Metallarbeiterverbands wird schwerlich einfordern. Wenn die Wesental'sche Agitation schon nobilisierend einsehen lassen.

Zentrum und Bergarbeiterkampf. Unzähllich des großen Begegnungstags in Couriers in Nordfrankreich wurden dem deutschen Reichstag zwei Resolutionen zur Klärung eingeschickt — eine von der Zentrumspartei — die andere von der sozialdemokratischen Fraktion eingeholt. Die Zentrumresolution wurde schriftlich angenommen, weil sie praktisch — so schreibt die „Wesental'sche Arbeiterzeitung“ am allerersten zum Siele führt. Das Organ vermerkt nachdrücklich, daß die sozialdemokratische Presse und auch die „Bergarbeiterzeitung“ über diese „praktische sozialpolitische Arbeit“ der Zentrumspartei recht bestürzt seien, müsse — aber es habe doch auch die sozialdemokratische Fraktion für die Zentrumresolution gestimmt. Damit glaubt der Arbeiterkämpfer sich und die Zentrumspartei ins rechte Licht gerückt zu haben? Nun hat die Geschichte einen kleinen Haken. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bestreut sich, die Zentrumresolution nicht nur als die praktischste, sondern den Wünschen der Bergarbeiter entsprechend, auch als die weitgehendste festzulegen. Wir verwiesen unsere Leser auf den vollen Resolutionstext (abgedruckt in Nummer 28 der „Bergarbeiterzeitung“, erster Quartalsteil). Die von der sozialdemokratischen Fraktion am 16. Mai 1901 eingeholtene Resolution verlangt, daß die Reichsregierung feststellen soll, ob bezügl. Feuerlöscheinrichtungen und Rettungsapparate solche Bestimmungen vorhanden sind, die ähnliche Katastrophen wie in Frankreich ausschließen, wenn nicht, soll das Reichsversicherungsamt die Anknüpfungsberufsgenossenschaften anhalten, schnellst die Insassenvorschriften zu ergänzen und deren Inhaltung zu erläutern. Wäre diese Resolution angenommen und wäre ihr Rechnung getragen worden, dann galten die Bestimmungen für das ganze deutsche Reich. Das war in den Augen Giesberts — ich nein — das war in den Augen der Zentrumspartei nicht praktisch genug. Giesbert hatte vorher persönlich auch reichsgerichtliches Vorgehen gewünscht, aber hatte dann mit der Zentrumspartei Rücksprache genommen und „da wurde er eines Besetzes beschert“ d. h. er kriegt die „Wasserseite“ vor einer reichsgerichtlichen Regelung des hier angeführten Bergarbeiterkampfes. Das Zentrum brachte am 21. Mai seinesfalls auch eine Resolution ein, die im ersten Teile die Regelung durch die Bundesregierungen verlangte und im zweiten Teil erst vom Reichsversicherungsamt wünschte, daß es die Berufsgenossenschaften zur Aufnahme möglichst weitläufig entsprechernder Bestimmungen in die Umfallversicherungsvorrichtungen anhalten möge. Jedes Kind sieht, daß die sozialdemokratische Resolution viel wichtiger den Bergarbeiterkampf forderte, aber das war der Zentrumspartei wider den Strich. Sie brachte eine verschlechterte Resolution ein mit einem ersten Teil, der die Regelung der ersten beiden den Bandtagen mit überließ. Was die Landestage regeln, braucht ja nicht im Reichstag seine Erledigung finden und was z. B. der preußische Landtag in die Flügel bekommt, das steht auch noch „Bergarbeiterkampf“ ans. Die Bergarbeiter wissen ja die Arbeitens des Landtages schon längst einzuschärfen. Gegen die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion über die als die weitgehendste, Herr Giesberts zuerst abgestimmt wurde, stimmt auch das Zentrum und war damit abgelehnt. Die Resolution des Zentrums mußte nun selbstverständlich die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion erhalten, wenn wenigstens etwas für den Bergarbeiterkampf herauspringen sollte. Das ist aber doch kein Grund für Giesberts und die Zentrumspartei, sich noch zu rühmen. Ihre ganze Handlungsweise war die des „alten christlichen Scenarius“. Man will keine reichsgerichtliche Regelung des Bergarbeiterkampfes, darum wird zu diesem Szenario nichts gegeben.

Sombert Lensing und die „Christlichen“. Veranlaßt durch den Dortmunder Straßenbahnerstreik ist es zum Krieg im Dortmunder „Zentrum“ gekommen und das kam so. In Dortmund traten die Straßenbahner, die nicht mehr wußten, wie sie mit einem Monatslohn von 80 Mark auskommen sollten, in den Streik. Da die Straßenbahnen städtisch ist, kam die Angelegenheit auch im Stadtverordnetenkollegium zur Aussprache. In diesem Kollegium spltet seit Jahren der Einheitskonservat. Lassing, ein rumontaner Zeitungsverleger, hahn im Korb. Er, wie auch sein fraktionsgenosse Rechtsanwalt Westhoff, nahmen in Gemeinschaft des bekannten Oberbürgermeisters Schmiding den Kampf gegen die streikenden Straßenbahner auf. Westhoff gebrauchte für den Streik das Wort „Expresung“. Lassing schob die Schuld für diese „Expresung“ den Sozialdemokraten in die Schuhe. Nun aber sieht im Dortmunder Stadtverordnetenkollegium einer von den jetzt in letzter Zeit von der Zentrumspartei sehr protegierten „Arbeitervertretern“. Diese „Arbeiterkandidaten“ sollen der Zentrumspartei die Form einer wahren „Arbeiterpartei“ aufzwingen, mit welchem Glück werden wir ja sehen. In Dortmund hatte man entschieden Pech. Der christlich-zentrumliche Arbeiter-Stadtverordnete im Dortmunder Kollegium Nameus Grönowski zog aus der Haltung seiner beiden gen. Kollegen nicht die von Lassing gemusterte Lehre, sondern zog hart vom Leder. Er verteidigte voll und ganz das Vorgehen der Straßenbahner, die nur aus Verweisung zum Streik gezwungen hätten. Die Stadtverwaltung durfte sich über diesen Streik nicht wundern, da man den Straßenbahner das Recht zur Organisation längst illusorisch gemacht hätte. Wenn sein Parteigenosse Herr Westhoff für den Streik das Wort „Expresung“ gebraucht habe, so weiß er das ganz entschieden zurück. Oberbürgermeister Schmiding mit seinem hohen Gehalt sei gar nicht der Mann, zu urteilen zu können, ob ein Einkommen bis zu 80 Mark ein ausreichender Lohn sei. (Dortmund gehört bekanntlich zu den Städten Deutschlands, wo die Lebenshaltung am teuersten ist. D. R.) Schmiding setzt in seinem Leben noch nicht in die Lage gekommen, mit einem jolchen auskommen zu müssen. Die schlimmsten Zeiten seien die Betriebsleiter Bianchi und Lembe gewesen. Er stellte den Antrag, sämtliche Streikende einzufassen und auch deren Forderungen zu berücksigen. Nicht nur dem Handelsminister Delbrück und solche Worte ein Grusel, sondern auch die Lassing und Genossen wurden ob den Rehe Gronowksi rot bis über die Ohrenbünde — Erregt und mit großer Schärfe traten sie der „Ungeschöpfte“ Gronowski entgegen und lehnten entzückt die Anträge ab. Gronowski ließ den Vorwurf der „Ungeschöpftheit“ nicht auf sie stehn und rief die christlichen Arbeiter zum Sturm gegen die Lassing und Genossen auf. In einer Verhandlung — in der Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften das Wort nicht erzielten (!!) — wurde der Antrag angenommen, Lassings Zeitung, die fromme „Terror“ als offizielles Organ der Zentrumspartei abzuschaffen und dafür andere Blätter zu halten, selbstverständlich auch Zentrumspartei. Wie dieser Streik sich weiter entwickelt, ist noch nicht vorauszusehen. Über eins ist jetzt schon zu sagen: Es wird große Mühe kosten, die christlichen Arbeiter mit Lambert Lassing zu versöhnen. Oder er wird ganz zu den schon „geborenen Zentrumspartei“ für immer fallt gestellt. Die Arbeiter könnten hier auch nur gewinnen.

Baustengenossen des Unternehmers. Der von den „christlichen“ Gewerkschaften geführte Streik auf der Buchbacher Hütte ging bekanntlich verloren. Das war für den Arbeiterskreis Richter-Bettler von den „katholischen Fachabteilungen“ Verantwoortung genug, in Buchbach mit den Christlichen abzurechnen. Ein Vorwurf des Sparsamkeit und dankte er den katholischen Arbeitern des Berliner Verbandes, die nicht in den Streik getreten seien. Er ermunterte die Arbeiterspaltung, weil sie hiermit die meisten Vorteile zu erwarten hatten, aus weiteren den Streit zu meiden. Dem Referenten trat ein Herr Müllerbach entgegen. Dieser legte den Verlauf des Streiks dar. Es habe sich darum gezeigt, daß die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu schützen. Es ist als Dutzende Arbeiter deswegen entlassen seien, zum Teil Streik. Daß man am ersten Streik verloren gehe, führt die Müllenbach hauptsächlich zurück auf die Scheinorganisationen, oder besser gesagt, auf die Arbeitsgruppensplitterung. So zeigt mir Herr Müllenbach hier geben müssen, so darf doch nicht vergeben werden, daß auch die örtlichen Gewerkschaften aus gleichen Bestrebungen heraus ihre Entstehung verhindern als die „katholischen Fachabteilungen“, nämlich das Ziel ist hier: Zersplitterung der Arbeiter zur großen Besiedigung der Arbeitgeber. Der christliche Arbeiterskreis Richter-Bettler vertheidigte den Kampf der Arbeiter auf der Buchbacher Hütte folgendemartig: „Wir gestehen der Hütte zu, daß wir in vereinigt gehandelt haben, nehmen aber für uns in Anspruch, daß wir in diesem Glauben gehandelt haben.“ Wie gezeigt, der Kampf galt dem Koalitionsrecht der Arbeiter. Wer möchte einen Unterschied zwischen dem Herrn Richter mit seiner überstieghenden Dankbarkeit für die Arbeitsspaltung und dem Herrn Bettler mit seinem Gewissensbisse der Buchbacher Hütte gegenüber. — In

Essen-West schloss ein vom Beiste der M. Gladbach'sche Schule erfüllter Maurer folgenden Brief an einen Bauunternehmer: „Essen-West, 7. 5. 1903.“

Ich muß Ihnen mitteilen daß auf der Baustelle Essen-West gegenwärtig gearbeitet wird wo das im Tage mehmal geschehen ist die Begegnung sind viele. Der Polizei ist vollständig damit einverstanden gemacht Am 8. Mai haben die Arbeiter auf dem Tage und sangen die Sozial-Lieder was kein Sachen sind von einem Polizei welcher den Frieden gehabt. Waren der Arbeitszeit manchen dieselben Sänger die Alsbahn Josef Mütter und sämtliche Männer der Gewerkschaften die vielen Sänger waren alles zu und lachen. Wo soll die Sänger von bestehen Ihnen wenn es so weiter geht nächstes wird noch mit getestet werden.

Achtungsvoll
Herr St. Mauter

Bei der Wirtschaft in Spanien stattgefundenen Gewerbegefechtswahl waren auch die christlichen Gewerkschaften mit einer Liste aufgetreten. Das ist die gutes Recht. Wie einwandfrei über die Stimmabgabe war, mag man aus folgenden Ergebnissen sehe: Es heißt da u. a. in einem „christlichen“ Blatt:

„Die christlichen Gewerkschaften ziehen jetzt durch die Wahl der Kandidaten des Kartells der christlichen Arbeiter zum Ausdruck, daß es genug ist des grausamen Spiels, welches die Sozialdemokratie und deren Münze, die freien Gewerkschaften, mit den Arbeitern ausgetrieben. Dem Tod, Entehrung und Entziehung der Arbeiter wird die Folge der sozialdemokratischen Gesetz sein.“

Das Resultat waren ganz 821 Stimmen für die „christlichen“ und 544 Stimmen für die Kandidaten der freien Gewerkschaften. Dafür hatten aber auch die „christlichen“ zwei „Abstimmung“ von der letzten Metallarbeiterausstellung auf ihre Liste gestellt. Ob sich die Christlichen auch in solchen Fällen auf die Rechte des Schachtmachers stützen — gelangt auf der jährlichen Tagung des Vereins für Sozialpolitik — berufen? — Ein Werkstückchen nach altem Muster liefern die Christlichen in der Eisenbahnerei von A. Wingen in Mülheim a. Rh. Bei einer Aussprache der Metallarbeiter bestand für die „christlichen“ diese Speziale nicht. So geht es mit Eleganz weiter. Die Zeitschrift „Agitations-Material“ bringt gleichfalls eine Anzahl „Tricks“ der christlichen Gewerkschaften, auf deren Wiedergabe mit hier verzichten.

Internationale Rundschau.

Österreich. In Leitmeritz in Böhmen fand kürzlich eine Konferenz der „Deutschland-Arbeiter“ in Österreich statt. Sie gab sich folgende Leitlinie:

1. Die deutschen Gewerkschaften vereinigen die deutschen Arbeiter zu national-wirtschaftlicher Arbeiterspolitischer Ausschluß jedes religiösen oder parteipolitischen Tätigkeits. Sie erfreuen den geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse und deren volle Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft.

2. Die deutschen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der sozialen Reform. Ihre Arbeit ist daher jedem möglichen Fortschritt gewidmet. Sie verwerfen jedoch die revolutionäre Wortspielerie, die nur geeignet ist, den Arbeiter von seinen wahren Zielen abzuhalten und sein Willen an der sozialen Gegenarbeit der Organisation herabzuziehen.

3. Die nächsten Aufgaben der deutschen Gewerkschaften erstrecken sich auf Lohn- und berufliche Fragen, Arbeitszeit, die Durchführung und den Ausbau der sozialen Schutz- und Sicherungsgezeuge sowie die Selbsthilfe der deutschen Arbeiterschaft. Als Mittel für die berufliche Tätigkeit treten Organisation, Arbeiterausschüsse, Verhandlungen mit den Arbeitgebern und kreisliche Verbündungen hervor.

Erst als letztes Mittel kommt der Streik in Betracht, sofern die notwendigen Vorbereidungen für ein Gelingen desselben gegeben sind.

4. Die deutschen Gewerkschaften weisen die sogenannte „internationale“ Organisation als schädlich und zwecklos für die deutschen Arbeiter in Österreich zurück. Weder gemeinsame Arbeiterinteressen zu vertreten sind, können die deutschen Gewerkschaften begin. Ortsgruppen mit anderen Organisationen von Fall zu Fall zusammenzutreffen.

Wir stellen unsere österreichischen Kameraden beleidigen, nähmen wie auch ein Hundertstel von dem was die deutsch-nationalen Zeitungsverleger, hahn im Korb, wie auch sein fraktionsgenosse Rechtsanwalt Westhoff, nahmen in Gemeinschaft des bekannten Oberbürgermeisters Schmiding den Kampf gegen die streikenden Straßenbahner auf. Westhoff gebrauchte für den Streik das Wort „Expresung“. Lassing schob die Schuld für diese „Expresung“ den Sozialdemokraten in die Schuhe. Nun aber sieht im Dortmunder Stadtverordnetenkollegium einer von den jetzt in letzter Zeit von der Zentrumspartei sehr protegierten „Arbeitervertretern“. Diese „Arbeiterkandidaten“ sollen der Zentrumspartei die Form einer wahren „Arbeiterpartei“ aufzwingen, mit welchem Glück werden wir ja sehen. In Dortmund hatte man entschieden Pech. Der christlich-zentrumliche Arbeiter-Stadtverordnete im Dortmunder Kollegium Nameus Grönowski zog aus der Haltung seiner beiden gen. Kollegen nicht die von Lassing gemusterte Lehre, sondern zog hart vom Leder. Er verteidigte voll und ganz das Vorgehen der Straßenbahner, die nur aus Verweisung zum Streik gezwungen hätten. Die Stadtverwaltung durfte sich über diesen Streik nicht wundern, da man den Straßenbahner das Recht zur Organisation längst illusorisch gemacht hätte. Wenn sein Parteigenosse Herr Westhoff für den Streik das Wort „Expresung“ gebraucht habe, so weiß er das ganz entschieden zurück. Oberbürgermeister Schmiding mit seinem hohen Gehalt sei gar nicht der Mann, zu urteilen zu können, ob ein Einkommen bis zu 80 Mark ein ausreichender Lohn sei. (Dortmund gehört bekanntlich zu den Städten Deutschlands, wo die Lebenshaltung am teuersten ist. D. R.) Schmiding setzt in seinem Leben noch nicht in die Lage gekommen, mit einem jolchen auskommen zu müssen. Die schlimmsten Zeiten seien die Betriebsleiter Bianchi und Lembe gewesen. Er stellte den Antrag, sämtliche Streikende einzufassen und auch deren Forderungen zu berücksigen. Nicht nur dem Handelsminister Delbrück und solche Worte ein Grusel, sondern auch die Lassing und Genossen wurden ob den Rehe Gronowksi rot bis über die Ohrenbünde — Erregt und mit großer Schärfe traten sie der „Ungeschöpfte“ Gronowski entgegen und lehnen entzückt die Anträge ab. Gronowski ließ den Vorwurf der „Ungeschöpftheit“ nicht auf sie stehn und rief die christlichen Arbeiter zum Sturm gegen die Lassing und Genossen auf. In einer Verhandlung — in der Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften das Wort nicht erzielten (!!) — wurde der Antrag angenommen, Lassings Zeitung, die fromme „Terror“ als offizielles Organ der Zentrumspartei abzuschaffen und dafür andere Blätter zu halten, selbstverständlich auch Zentrumspartei. Wie dieser Streik sich weiter entwickelt, ist noch nicht vorauszusehen. Über eins ist jetzt schon zu sagen: Es wird große Mühe kosten, die christlichen Arbeiter mit Lambert Lassing zu versöhnen. Oder er wird ganz zu den schon „geborenen Zentrumspartei“ für immer fallt gestellt. Die Arbeiter könnten hier auch nur gewinnen.

Wir stellen unsere österreichischen Kameraden beleidigen, nähmen wie auch ein Hundertstel von dem was die deutsch-nationalen Zeitungsverleger, hahn im Korb, wie auch sein fraktionsgenosse Rechtsanwalt Westhoff, nahmen in Gemeinschaft des bekannten Oberbürgermeisters Schmiding den Kampf gegen die streikenden Straßenbahner auf. Westhoff gebrauchte für den Streik das Wort „Expresung“. Lassing schob die Schuld für diese „Expresung“ den Sozialdemokraten in die Schuhe. Nun aber sieht im Dortmunder Stadtverordnetenkollegium einer von den jetzt in letzter Zeit von der Zentrumspartei sehr protegierten „Arbeitervertretern“. Diese „Arbeiterkandidaten“ sollen der Zentrumspartei die Form einer wahren „Arbeiterpartei“ aufzwingen, mit welchem Glück werden wir ja sehen. In Dortmund hatte man entschieden Pech. Der christlich-zentrumliche Arbeiter-Stadtverordnete im Dortmunder Kollegium Nameus Grönowski zog aus der Haltung seiner beiden gen. Kollegen nicht die von Lassing gemusterte Lehre, sondern zog hart vom Leder. Er verteidigte voll und ganz das Vorgehen der Straßenbahner, die nur aus Verweisung zum Streik gezwungen hätten. Die Stadtverwaltung durfte sich über diesen Streik nicht wundern, da man den Straßenbahner das Recht zur Organisation längst illusorisch gemacht hätte. Wenn sein Parteigenosse Herr Westhoff für den Streik das Wort „Expresung“ gebraucht habe, so weiß er das ganz entschieden zurück. Oberbürgermeister Schmiding mit seinem hohen Gehalt sei gar nicht der Mann, zu urteilen zu können, ob ein Einkommen bis zu 80 Mark ein ausreichender Lohn sei. (Dortmund gehört bekanntlich zu den Städten Deutschlands, wo die Lebenshaltung am teuersten ist. D. R.) Schmiding setzt in seinem Leben noch nicht in die Lage gekommen, mit einem jolchen auskommen zu müssen. Die schlimmsten Zeiten seien die Betriebsleiter Bianchi und Lembe gewesen. Er stellte den Antrag, sämtliche Streikende einzufassen und auch deren Forderungen zu berücksigen. Nicht nur dem Handelsminister Delbrück und solche Worte ein Grusel, sondern auch die Lassing und Genossen wurden ob den Rehe Gronowksi rot bis über die Ohrenbünde — Erregt und mit großer Schärfe traten sie der „Ungeschöpfte“ Gronowski entgegen und lehnen entzückt die Anträge ab. Gronowski ließ den Vorwurf der „Ungeschöpftheit“ nicht auf sie stehn und rief die christlichen Arbeiter zum Sturm gegen die Lassing und Genossen auf. In einer Verhandlung — in der Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften das Wort nicht erzielten (!!) — wurde der Antrag angenommen, Lassings Zeitung, die fromme „Terror“ als offizielles Organ der Zentrumspartei abzuschaffen und dafür andere Blätter zu halten, selbstverständlich auch Zentrumspartei. Wie dieser Streik sich weiter entwickelt, ist noch nicht vorauszusehen. Über eins ist jetzt schon zu sagen: Es wird große Mühe kosten, die christlichen Arbeiter mit Lambert Lassing zu versöhnen. Oder er wird ganz zu den schon „geborenen Zentrumspartei“ für immer fallt gestellt. Die Arbeiter könnten hier auch nur gewinnen.

Wir stellen unsere österreichischen Kameraden beleidigen, nähmen wie auch ein Hundertstel von dem was die deutsch-nationalen Zeitungsverleger, hahn im Korb, wie auch sein fraktionsgenosse Rechtsanwalt Westhoff, nahmen in Gemeinschaft des bekannten Oberbürgermeisters Schmiding den Kampf gegen die streikenden Straßenbahner auf. Westhoff gebrauchte für den Streik das Wort „Expresung“. Lassing schob die Schuld für diese „Expresung“ den Sozialdemokraten in die Schuhe. Nun aber sieht im Dortmunder Stadtverordnetenkollegium einer von den jetzt in letzter Zeit von der Zentrumspartei sehr protegierten „Arbeitervertretern“. Diese „Arbeiterkandidaten“ sollen der Zentrumspartei die Form einer wahren „Arbeiterpartei“ aufzwingen, mit welchem Glück werden wir ja sehen. In Dortmund hatte man entschieden Pech. Der christlich-zentrumliche Arbeiter-Stadtverordnete im Dortmunder Kollegium Nameus Grönowski zog aus der Haltung seiner beiden gen. Kollegen nicht die von Lassing gemusterte Lehre, sondern zog hart vom Leder. Er verteidigte voll und ganz das Vorgehen der Straßenbahner, die nur aus Verweisung zum Streik gezwungen hätten. Die Stadtverwaltung durfte sich über diesen Streik nicht wundern, da man den Straßenbahner das Recht zur Organisation längst illusorisch gemacht hätte. Wenn sein Parteigenosse Herr Westhoff für den Streik das Wort „Expresung“ gebraucht habe, so weiß er das ganz entschieden zurück. Oberbürgermeister Schmiding mit seinem hohen Gehalt sei gar nicht der Mann, zu urteilen zu können, ob ein Einkommen bis zu 80 Mark ein ausreichender Lohn sei. (Dortmund gehört bekanntlich zu den Städten Deutschlands, wo die Lebenshaltung am teuersten ist. D. R.) Schmiding setzt in seinem Leben noch nicht in die Lage gekommen, mit einem jolchen auskommen zu müssen. Die schlimmsten Zeiten seien die Betriebsleiter Bianchi und Lembe gewesen. Er stellte den Antrag, sämtliche Streikende einzufassen und auch deren Forderungen zu berücksigen. Nicht nur dem Handelsminister Delbrück und solche Worte ein Grusel, sondern auch die Lassing und Genossen wurden ob den Rehe Gronowksi rot bis über die Ohrenbünde — Erregt und mit großer Schärfe traten sie der „Ungeschöpfte“ Gronowski entgegen und lehnen entzückt die Anträge ab. Gronowski ließ den Vorwurf der „Ungeschöpftheit“ nicht auf sie stehn und rief die christlichen Arbeiter zum Sturm gegen die Lassing und Genossen auf. In einer Verhandlung — in der Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften das Wort nicht erzielten (!!) — wurde der Antrag angenommen, Lassings Zeitung, die fromme „Terror“ als offizielles Organ der Zentrumspartei abzuschaffen und dafür andere Blätter zu halten, selbstverständlich auch Zentrumspartei. Wie dieser Streik sich weiter entwickelt, ist noch nicht vorauszusehen. Über eins ist jetzt schon zu sagen: Es wird große Mühe kosten, die christlichen Arbeiter mit Lambert Lassing zu versöhnen. Oder er wird ganz zu den schon „geborenen Zentrumspartei“ für immer fallt gestellt. Die Arbeiter könnten hier auch nur gewinnen.

Wir stellen unsere österreichischen Kameraden beleidigen, nähmen wie auch ein Hundertstel von dem was die deutsch-nationalen Zeitungsverleger, hahn im Korb, wie auch sein fraktionsgenosse Rechtsanwalt Westhoff, nahmen in Gemeinschaft des bekannten Oberbürgermeisters Schmiding den Kampf gegen die streikenden Straßenbahner auf. Westhoff gebrauchte für den Streik das Wort „Expresung“. Lassing schob die Schuld für diese „Expresung“ den Sozialdemokraten in die Schuhe. Nun aber sieht im Dortmunder Stadtverordnetenkollegium einer von den jetzt in letzter Zeit von der Zentrumspartei sehr protegierten „Arbeitervertretern“. Diese „Arbeiterkandidaten“ sollen der Zentrumspartei die Form einer wahren „Arbeiterpartei“ aufzwingen, mit welchem Glück werden wir ja sehen. In Dortmund hatte man entschieden Pech. Der christlich-zentrumliche Arbeiter-Stadtverordnete im Dortmunder Kollegium Nameus Grönowski zog aus der Haltung seiner beiden gen. Kollegen nicht die von Lassing gemusterte Lehre, sondern zog hart vom Leder. Er verteidigte voll und ganz das Vorgehen der Straßenbahner, die nur aus Verweisung zum Streik gezwungen hätten. Die Stadtverwaltung durfte sich über diesen Streik nicht wundern, da man den Straßenbahner das Recht zur Organisation längst illusorisch gemacht hätte. Wenn sein Parteigenosse Herr Westhoff für den Streik das Wort „Expresung“ gebraucht habe, so weiß er das ganz entschieden zurück. Oberbürgermeister Schmiding mit seinem hohen Gehalt sei gar nicht der Mann, zu urteilen zu können, ob ein Einkommen bis zu 80 Mark ein ausreichender Lohn sei. (Dortmund gehört bekanntlich zu den Städten Deutschlands, wo die Lebenshaltung am teuersten ist. D. R.) Schmiding setzt in seinem Leben noch nicht in die Lage gekommen, mit einem jolchen auskommen zu müssen. Die schlimmsten Zeiten seien die Betriebsleiter Bianchi und Lembe gewesen. Er stellte den Antrag, sämtliche Streikende einzufassen und auch deren Forderungen zu berücksigen. Nicht nur dem Handelsminister Delbrück und solche Worte ein Grusel, sondern auch die Lassing und Genossen wurden ob den Rehe Gronowksi rot bis über die Ohrenbünde — Erregt und mit großer Schärfe traten sie der „Ungeschöpfte“ Gronowski entgegen und lehnen entzückt die Anträge ab. Gronowski ließ den Vorwurf der „Ungeschöpftheit“ nicht auf sie stehn und rief die christlichen Arbeiter zum Sturm gegen die Lassing und Genossen auf. In einer Verhandlung — in der Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften das Wort nicht erzielten (!!) — wurde der Antrag angenommen, Lassings Zeit

Burdach zum Gewerkschaftsverein gehofft, und nun vor aller Augen solch ein Widerstandsvotum. Waren die "Christlichen" darauf eingegangen, aus der Delegenschaft eine Kommission zu wählen, die die Beschwerden an die Verwaltung vorbringen sollte, hätte der Klischee sein solches Plakat erlassen. Das ist der Vorschlag gewesen für das Schimpfregister bei Wirt Schuhmacher über die Verbändler, sowie für die Sillblätter des "Bergknappen" gegen unseren Bergarbeiter. Nur so weiter, bis der letzte Gewerkschaftsverein zu uns gehört, dann werden wir auch gegen den Willen der "christlichen" Eltern zur Unzufriedenheit und einer einzigen, mächtigen Organisation gelangen.

Hörsternark. Es freut uns, daß die "Christlichen" noch so "wahnsinnig" sind, wenn auch unbemüht, uns im "Bergknappen" Nr. 28 zu beschreiben, daß unsere Kritik betrifft des halben Bier ausgehen berechtigt war. Wissen die Herren doch ganz genau, daß sich der von uns veröffentlichte Vorfall, in Hörsternark augetragen hat, obgleich wir die Sache unter der Spitznamen Hörsternark brachten. Es war ja auch nicht abzusehen, da sich unter Vertrauensmannen gegenüber dem "christlichen" Verband, ihn an Ort und Stelle zu führen, wo er die Sache untersuchen kann. Auch die Butterbörsen lassen die "Christlichen" noch nicht schlafen. Haben sie denn wirklich von den 175 Pfennigbörsen solch Vorschlägen gemacht, daß sie jetzt noch daran laborieren? Dann können wir ihnen ja dankbar sein, daß sie uns bloß 20 Stück abgaben. Ferner behauptet der "Bergknappe", daß es nicht wahr sei, daß bei ihnen unglaubliche Beträäge erhoben werden (siehe Bottrop in 8 Monaten 2,40 Mark). Wir wissen aber und sind bereit, es jederzeit zu beweisen, daß es "christliche" Gewerkschaftsmitglieder gibt, die, wenn sie keine 40 Pf., bezahlen wollen, auch für einen kleineren Beitrag Mitglieder bleiben können. Als sich unser Vertrauensmann unlangst anbot, mit dem Bahnstellenverantwortenden des "christlichen" Gewerkschaftsvereins diese Leute zu besuchen, meinte dieser: "Er wisse nicht bestimmt, ob es solche Mitglieder gebe. Sehe jetzt, wenn der Vertrauensmann nicht weiß, was die Mitglieder bezahlen, wie kann der "Bergknappe" eine Abrechnung liefern. Wir sehen ein, daß es zuviel ist, eine Abrechnung vom "Bergknappen" zu verlangen. Die Frau des "christlichen" Vertrauensmannes erzählte uns serner unter Bezug, daß sich viele Mitglieder darüber beschwert hätten, daß sie wohl Marken bezahlt, aber keine bekommen hätten. Von nun an, meinte die Frau, wird auf den aufgeschlagenen Marken mit Bleistift der Datum vermerkt. Ob es hilft? Nach Angabe dieser Frau sollten auch verschiedene Beteiligung vorgenommen haben. Warum wohl? Als wir nach dem Gespräch, dem "christlichen" Vertrauensmann fragten, bekannte wir zur Antwort, er sei auf Schicht. Es war Feiertag und der Mann versuchte eine Überredung. Und da wagten solche Leute noch zu behaupten, es seien Verbändler, die Überredungen machen. So heiligen "christlichen" Vertrauensleute Feiertage, auf der Seite beim Überredungsversuch. Wohl bekannt's, "Bergknappe".

Wattenscheid I und II. Der Inhaber des Kaiserhauses, Herr G. Koch, Ostriche, hat vom 1. Juni an unsere Zeitung abbestellt, da er, wie er sich ausdrückte, auf zwei Schultern tragen müsse. Das Lokal (Saal) selbst hat uns niemals zur Verfügung gestanden. Die Kameraden haben nun beschlossen, das Lokal zu meiden und zwar so lange, bis Herr Koch zu seinem und unserem Nutzen es uns freiwillig zur Verfügung stellt. Kameraden beachtet dies, wie brauchen Sie, um dort über die Verbesserung unserer Lage zu beraten. Wer uns seinen Saal nicht gibt, den können wir auch nicht unterstützen, d. h. nicht bei ihm verfehlten.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Sarsfeld (Hannover). **Käfigwerk Glückauf.** Hier legten am Donnerstag den 14. Juni fast sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder.

Die Arbeiter hatten schon wiederholt um Lohnzulage erfordert, doch stets stand der Herr Betriebsführer ein Mittel, um die Arbeiter zum Narren zu halten. Bald hieß es, sie sollten sich an den Arbeitsausgleich wenden und dieser besteht aus Beamten, bald gab man ihnen den Rat, Nebengewinnen zu machen. Wer das noch nicht als ein außerordentliches Entgegenkommen betrachtete, der wurde sanft belehrt, daß er nichts zu sagen habe und wenn es ihm nicht passe, gehen können. Die Belegschaft formulierte dann ihre Wünsche schriftlich und unterschrieben von zirka 50 Arbeitern. Die Forderung ging dahin, den Stundenlohn um 5 Pf. allgemein zu erhöhen. Das Schriftstück, welches, wie der Betriebsführer selbst zugab, in hölzlicher Form gehalten war, wurde der Verwaltung übertragen. Darauf erschien am Mittwochabend der Herr Direktor Börsig und erklärte, wie für 30 Pf. pro Stunde arbeiten wolle, der könne arbeiten, wer nicht, der solle sich die Papiere holen. Überhaupt bemerkte er, würden die 37, die unterschrieben haben, am 16. sowieso gefeuigt. Außerdem könnte es dieser Herr von Bilbung und mit setzten Wagen nicht unterlassen, mit Kaufleuten, Tagedieben usw. herumzuerufen. Doch wir wollen hieron abschauen, es gibt nun einmal Leute, die wohl selbst sehr empfindlich sind und bei jedem Quark zum Staatsanwalt laufen, für das Empfinden anderer Leute haben sie kein Verständnis, da glauben sie, sich die größten Plegeleien erlauben zu können. Dies prokletische Verhalten mußte die Arbeiter empören und legten sie also auf zwei Männer die Arbeit nieder. Trotz alledem entliefen der Bezirksobervertrauensmann Gärtnert nochmals eine Entschuldigung herbeizuführen. Er wurde auch vorgelassen, aber augenscheinlich nur, um sich einen Scrimm des Betriebsführers, über sein gutes Herz und die Schlechtigkeit der Arbeiter anzuhören. Über die Forderungen der Arbeiter und die Wiederaufnahme der Arbeit zu sprechen, war trotz der größten Mühe nicht möglich. Es nicht, meinte der Herr, nachdem er in wütendem Durcheinander allerhand Knobelsgründe und Blauauer für die gesuchte Erstens der Arbeiter angeführt hatte. Ich freue mich, wenn die Arbeiter viel verdienen, nur soll es nicht über 2,50 Mk. hinausgehen — Gewiß, hat der Arbeiter das Recht, sich seine Lage zu verbessern, nur ist es eine Unverschämtheit, Forderungen an uns zu stellen — Gewiß sind die Fleischpreise und alles teurer geworden, aber dafür hat der Arbeiter das wohlwollende Herz der Grubenverwaltung, die für ihn sorgt. Dies war so die Logik dieses Betriebsführers. Diese außerordentlich komische Situation bis ins einzelne zu schildern, würde zu weit führen, die Proben genügen. Erwähnt muss nur noch werden, daß ein Gendarm bei der Unterredung der Grubenverwaltung selunderte, er fand daß die Arbeiterverhältnisse hier besser seien als anderswo und daß es den Arbeitern besser gehe, als ihm selbst. Wollen wir doch sein, so könnten wir sagen, er will doch seinen Beamtenposten abgeben und sich für 3 Mark Tagelohn bei der Gewerkschaft Glücker auf als Arbeitswilliger anmerken lassen. Der Betriebsführer nahm auch Bezug auf den letzten Artikel in unserer Verbandszeitung und rümpfte allen Ernstes eine Verächtigung, trotzdem ihm ein Arbeiter, der anwesend war, die Schweinerei ins Gesicht sagte. Wir wollen dem guten Mann sagen, daß, wenn er uns die Unrichtigkeit beweist, sind wir gern bereit, dies richtig zu stellen, er kann uns aber nicht zutun, daß wir ihm als Beamten, der für die Schweinereien verantwortlich ist, mehr glauben sollen, als 50 Arbeitern. Mit Verächtigungen schafft man Schweinereien nicht ab. So verließ denn die Unterredung, trotz der größten Mühe unsererseits resolutlos, man kann den Arbeitern nicht zumutnen, unter solchen Bedingungen zu streiken, für 3 Mark bekommen sie überhaupt Arbeit. Wir eruchen alle Kameraden, Zugang von Sarsfeld fernzuhalten.

Witten. Am 17. Juni wollten wir bei Herrn Gaßwirt Sonnenberg eine Versammlung abhalten, doch wurde uns der Saal verweigert. Wir hielten diese Versammlung nun im grünen Walde ab, wo wir statt auf harten Holze aus Moospolstern Platz nehmen konnten. Auch tat uns die Luft dort besser, als der Sonnenberg im Februar. Die Freude dieser Versammlung waren eine große Anzahl Anmeldungen zum Verband, sodass das Gros der hiesigen Arbeiterschaft nun organisiert ist. Herr Sonnenberg wird vor den Liebhabern für seine Saalverweigerung vorstehen:

Wer uns seinen Saal nicht gibt,
Befindet von uns kein Geld,
Wir fehren ein, wo wir beliebt
Und wo es uns gefällt.

Overbergamtbezirk Bonn.

Masdorf. Auf Veranlassung des Vorsitzenden der Arbeiterschaften, des Kameraden Kemmer, hatten die Knappschäftsältesten des Wirtschaftsvereins an das preußische Abgeordnetenhaus und an die Zentrumsbürgerschaften des hiesigen Bezirks eine Eingabe gerichtet, in welcher die Abgeordneten ermahnt wurden, gegen den Geheimrat des Etats 7 zum Berggesetz zu stimmen, nein das geheime Wahlrecht und das aktive und passive Wahlrecht der Industriellen nicht darin gefestigt seien. Ueber diese Eingabe ist in der Zentrumspresse wie auch im "Bergknappen" kein Wort veröffentlicht worden. Auch die Antwortsschriften der beiden Zentrumsbürgerschaften an Kemmer hat dieser der Deputierten vorerthalten, während doch sonstige wichtige Kapitel in spätestens Achteln von Seiten des Gewerkschaftsvereins in alle Wirtschaftsbezirke hineinbalanciert werden. Doch kann man dies begreifen. Der nämliche Kamerad Kemmer, der die Abgeordneten im Landtag aufzurufen, gegen die Vorlage in ihrer fehligen Form zu stimmen,

erklärt in einer Versammlung des Volksvereins für das Katholische Deutschland: "die Zentrumsbürgerschaften hätten gut und recht getan, daß sie für die jetzige Vorlage gestimmt hätten". Vor einigen Wochen war die nämliche Vorlage eine so schlechte, daß sie abgelehnt werden sollte. Trotzdem kein Wort davon verändert wurde, wieb heute den Zentrumsbürgerschaften Danzt gezeigt, daß sie für die Vorlage gestimmt haben, wenn dieselbe auch das geheime Wahlrecht und den Industrialen das aktive wie passiven Wahlrecht genommen hat. Was sagt der "Bergknappe" zu dieser Zwischenparole. Der Bergmann und Knapp schaft sollte keiner ist ein Freund derselben Vorlage. Der Zentrumsbürgerschaften Kemmer ist ein Freund derselben Vorlage.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Altenburg. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand in der vorigen Woche ein Bergmann, der wider eine Strafverfügung, die er vom Amtsgericht in Rositz erhalten hatte, und laut welcher er drei Mark in die Staatskasse zahlen sollte, wegen Übertretung einer Bergpolizeiverordnung verurteilt wurde. Die Übertretung bestand nach Aussage des Angeklagten Gendarmen darin, daß der Bergmann einmal mit andern während des vor langer Zeit beendeten Bergarbeiterstreiks beim Anschlagswerben des Gendarmen übermäßig laut geschrien habe. Was geschehen wurde, das konnte der Gendarm mit Bestimmtheit nicht angeben und nur der Umstand, daß der Justizbeamten dem Gendarmen persönlich bekannt war, brachte diesen auf die Anklagegebäude.

Der arme Gendarm bestritt, geschrien zu haben, den Gendarm habe er gar nicht gehört, es sei zwar in seiner Nachbarschaft geschehen worden;

doch wisse er nicht, wer geschrien habe. Der Gendarm behauptete da-

gegen, geschehen zu haben, wie der Angeklagte — die Hand am Mund

gehabt habe und das beweise, daß er auch der Schreier sei. Das

Gericht kam denn auch zur Überzeugung, daß der Angeklagte geschehen

hat und erkannte auf eine Woche Haft. Bei der Urteilsverkündung

schrie der Richter aus, daß in solchen Fällen wie bei Streiks die Arbeits-

willigen und die Organe des Staates besonders geschützt werden müssten.

Der Angeklagte habe durch seine Handlungswolfe die Autorität der

Gendarmerie zu untergraben gesucht und habe dadurch und durch seine

Verhältnisse verbrecherische Neigungen befunden.

Zeitz. Die Auszahlung ungeheuer niedriger Löhne nach dem Streit, sowie teilweise provokatorisches Auftreten einiger Beamten den Arbeitern gegenüber, in Verbindung mit den Bestrebungen der öffentlichen Durchbrechung der bewilligten neuinständigen Schichtzeit brachten es mit sich, daß Belegschaftsversammlungen der verschiedenen Werke und Gesellschaften stattfanden, um Stellung dazu zu nehmen. Fast überall vertreten die Kameraden die Ansicht, daß dieses Vorgehen in den meisten Fällen nur auf die Betriebsleiter der einzelnen Werke zurückzuführen sei. Es wurde daher folgende Resolution angenommen und der Bezirksleiter beantragt, dieselbe zur Kenntnis der Direktionen zu bringen:

"Die heutige Tagende Belegschaftsversammlung der verschiedenen

Werke und Gesellschaften des hiesigen Kreises protestiert entschieden

gegen die außerordentlich niedrigen Löhne, welche in den letzten Wochen

gezahlt worden sind, und welche nicht in Einklang zu bringen sind

mit den Kommissionen gemachten Versprechungen bei Abschluß des

Streits. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß dieses nur Maßnahmen

der betreffenden Betriebsleiter sind, und hoffen von den Direktionen

nach Kenntnisnahme, daß diese dahin wirken mögen, daß diese Zu-

stände zur Bekämpfung der Arbeiter befähigt werden".

Nun wird es sich ja zeigen, ob die Ansicht der Arbeiter die richtige ist,

oder ob die Direktionen das Vorgehen ihrer Betriebsbeamten billigen.

Gaffen wir im allgemeinen Interesse, daß die Arbeiter sich nicht getäuscht haben.

Königreich Sachsen.

Borna. Nachdem der annähernd neunwöchentliche Kampf mit dem Unternehmer vorläufig beendet ist, ist es die Aufgabe aller Kameraden, die Lehren aus diesem Kampfe zu ziehen und bei später notwendig werden den Kulturrempfen in Anwendung zu bringen. Vor allen Dingen muss eine gut geschulte Arbeiterschaft herangebildet und die Organisation der Bergarbeiter muss nach innen und außen gesetzigt werden. Gerade die Leipziger Grubenarbeiter mit Direktor Hoffmann an der Spitze haben mit allen Mitteln die aufwärts strebenden Grubenläden niederrütteln gesucht. Was Gendarme nicht bewerkstelligen konnten, das sollten Freibier und Schnaps erfüllen. Direktor Hoffmann erklärte, wie für 30 Pf. pro Stunde arbeiten wolle, der könne arbeiten, wer nicht, der solle sich die Papiere holen. Überhaupt bemerkte er, würden die 37, die unterschrieben haben, am 16. sowieso gefeuigt. Außerdem könnte es dieser Herr von Bilbung und mit setzten Wagen nicht unterlassen, mit Kaufleuten, Tagedieben usw. herumzuerufen. Doch wir wollen hieron abschauen, es gibt nun einmal Leute, die wohl selbst sehr empfindlich sind und bei jedem Quark zum Staatsanwalt laufen, für das Empfinden anderer Leute haben sie kein Verständnis, da glauben sie, sich die größten Plegeleien erlauben zu können. Dies prokletische Verhalten mußte die Arbeiter empören und legten sie also auf zwei Männer die Arbeit nieder. Trotz alledem entliefen der Bezirksobervertrauensmann Gärtnert nochmals eine Entschuldigung herbeizuführen. Er wurde auch vorgelassen, aber augenscheinlich nur, um sich einen Scrimm des Betriebsführers, über sein gutes Herz und die Schlechtigkeit der Arbeiter anzuhören. Über die Forderungen der Arbeiter und die Wiederaufnahme der Arbeit zu sprechen, war trotz der größten Mühe nicht möglich. Es nicht, meinte der Herr, nachdem er in wütendem Durcheinander allerhand Knobelsgründe und Blauauer für die gesuchte Erstens der Arbeiter angeführt hatte. Ich freue mich, wenn die Arbeiter viel verdienen, nur soll es nicht über 2,50 Mk. hinausgehen — Gewiß, hat der Arbeiter das Recht, sich seine Lage zu verbessern, nur ist es eine Unverschämtheit, Forderungen an uns zu stellen — Gewiß sind die Fleischpreise und alles teurer geworden, aber dafür hat der Arbeiter das wohlwollende Herz der Grubenverwaltung, die für ihn sorgt. Dies war so die Logik dieses Betriebsführers. Diese außerordentlich komische Situation bis ins einzelne zu schildern, würde zu weit führen, die Proben genügen. Erwähnt muss nur noch werden, daß ein Gendarm bei der Unterredung der Grubenverwaltung selunderte, er fand daß die Arbeiterverhältnisse hier besser seien als anderswo und daß es den Arbeitern besser gehe, als ihm selbst. Wollen wir doch sein, so könnten wir sagen, er will doch seinen Beamtenposten abgeben und sich für 3 Mark Tagelohn bei der Gewerkschaft Glücker auf als Arbeitswilliger anmerken lassen. Der Betriebsführer nahm auch Bezug auf den letzten Artikel in unserer Verbandszeitung und rümpfte allen Ernstes eine Verächtigung, trotzdem ihm ein Arbeiter, der anwesend war, die Schweinerei ins Gesicht sagte. Wir wollen dem guten Mann sagen, daß, wenn er uns die Unrichtigkeit beweist, sind wir gern bereit, dies richtig zu stellen, er kann uns aber nicht zutun, daß wir ihm als Beamten, der für die Schweinereien verantwortlich ist, mehr glauben sollen, als 50 Arbeitern. Mit Verächtigungen schafft man Schweinereien nicht ab. So verließ denn die Unterredung, trotz der größten Mühe unsererseits resolutlos, man kann den Arbeitern nicht zumutnen, unter solchen Bedingungen zu streiken, für 3 Mark bekommen sie überhaupt Arbeit. Wir eruchen alle Kameraden, Zugang von Sarsfeld fernzuhalten.

Lüdenscheid. Am 27. Juni, vormittags 11 Uhr, findet im Voigtschen Saalhofe in Stedten die Wahl des stellvertretenden Knappschäftsältesten statt. Von den organisierten Bergarbeitern ist der Kamerad Karl Denhardt als Kandidat aufgestellt. Es ist Pflicht jedes Bergarbeiters und Verbandsmitgliedes, daß er seine Stimme für den genannten Kameraden abgibt; denn einzig müssen die organisierten Arbeiter sein, wenn sie auch Einspruch auf die Knappschäftschaft haben wollen. Massenverhandlungen gegen ausständig gemessene Bergleute finden am 25. Juni in Zeitz statt, denn 60 Mann von Luckenau, Stedten und Weida haben dort Termin wegen Streitpunkten reip. Überertretung der Polizeiverordnung vom 26. Febr. 1892. Die Termine sind von 9/4 Uhr bis 2 Uhr angezeigt. Als Zeugen sind nur Gendarmen geladen.

Zwickau. Ein drastisches Beispiel für die so oft gepriesene Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sowie die gesuchte Erstens des Arbeiters bis ins hohe Alter beweist folgender Fall: Der Bergarbeiter Oester aus Cainsdorf wurde am 18. Juni seitens der Verwaltung des Monatsversammlung des Gewerkschaftsvereins in Zwickau verurteilt. Der Bergarbeiter nahm auch Bezug auf den letzten Artikel in unserer Verbandszeitung und rümpfte allen Ernstes eine Verächtigung, trotzdem ihm ein Arbeiter, der anwesend war, die Schweinerei ins Gesicht sagte. Wir wollen dem guten Mann sagen, daß, wenn er uns die Unrichtigkeit beweist, sind wir gern bereit, dies richtig zu stellen, er kann uns aber nicht zutun, daß wir ihm als Beamten, der für die Schweinereien verantwortlich ist, mehr glauben sollen, als 50 Arbeitern. Mit Verächtigungen schafft man Schweinereien nicht ab. So verließ denn die Unterredung, trotz der größten Mühe unsererseits resolutlos, man kann den Arbeitern nicht zumutnen, unter solchen Bedingungen zu streiken, für 3 Mark bekommen sie überhaupt Arbeit. Wir eruchen alle Kameraden, Zugang von Sarsfeld fernzuhalten.

Witten. Am 17. Juni wollten wir bei Herrn Gaßwirt Sonnenberg eine Versammlung abhalten, doch wurde uns der Saal verweigert. Wir hielten diese Versammlung nun im grünen Walde ab, wo wir statt auf harten Holze aus Moospolstern Platz nehmen konnten. Auch tat uns die Luft dort besser, als der Sonnenberg im Februar. Die Freude dieser Versammlung waren eine große Anzahl Anmeldungen zum Verband, sodass das Gros der hiesigen Arbeiterschaft nun organisiert ist. Herr Sonnenberg wird vor den Liebhabern für seine Saalverweigerung vorstehen:

Wer uns seinen Saal nicht gibt,

Befindet von uns kein Geld,

Wir fehren ein, wo wir beliebt

Und wo es uns gefällt.

Über die Königin Luisegrube gehalten. Der Minister und seine Begleitung, Oberberghauptmann von Belsen und vortragender Rat im Handelsministerium, Bergbaupräsident Ritter, fuhren sodann in Begleitung des Herrn Geheimrat Wigert und Bergrat Salzbrunn nach der Grube. Auf dem Westfelde wurden die oberen Anlagen besichtigt, um 14 Uhr trafen die Herren auf dem Grubenhof des Ostfeldes ein. Um sich auch von dem Abbau der Kohle und den Sicherheitsvorrichtungen zu überzeugen, fuhr der Minister mit Herrn Bergrat Salzbrunn auf Schacht V ein. Oberberghauptmann Dubiel und Maschinenwerkmeister Steffel schlossen sich an. Im Heinrichsfeld (840 Meter) fuhren dann die Herren nach Hochhammerfeld südlich, Bremschacht 8, und besichtigten zwei Pfeiler, die mit bergalpinem Eisensteinen nicht beleuchtet waren. Nach kurzen Klunkenthal vor Ort wurde die neue 500 P.H. Wasserhaltungsmaschine besichtigt. Der Herr Minister sprach wiederholte Anerkennung über die trockenen Einrichtungen aus. Nach einstündigem Aufenthalt wurde wieder ausfahren. Es folgte eine Besichtigung der Separationsanlage und der Badeanstalten. Vor dem Bureaupräsidium hatten hauptsächlich 20 Vertraulente sämtlicher Bergarbeiter aufstellung genommen. Der Minister stellte an einige Vertraulente mehrere Fragen. Maschinist Wolff antwortete dem Minister in einem ziemlich ausführlicher Weise, nämlich über die Geschäftsführung der Bergbauaufsicht. Ein anderer Vertraulenter stellte dem Minister einen Brief, den dieser mit grotem Interesse las und dann zu sich stellte. Alsdann hielt der Minister eine kurze Ansprache, wie er sie vor kurzem an die Saarbergleute gehalten hat. Die Königin Regierung sei stets bestrebt, so führte der Minister aus, die Gruben so zu verwalten, wie es im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter liege. Die Verwaltung tue alles, um die Erfüllung der Gewerbeaufsicht zu bestreiten. Die Bergbauaufsicht habe aber auch ein Interesse, die Wünsche der Arbeiter zu hören. Würden sie von den Mitgliedern der Grubenbauschlüsse im zentralen ausführlicher

auf echt bayerische Art die Wahrheit. Auch Kamerad Raffl, Flunk und Gagant hatten ein Sühnchen mit dem armen Konead zu rupfen. Großen Spass bereiteten uns einige "christliche" Diskussionsredner. Wie dachten dabei an das Bibelwort: "Selig sind, die geistig arm sind, denn sie werden das Himmelsreich erlangen". Möge doch Herr Ambrosius Kisters kommen, wir würden dann manchen Pfennig, den wir sonst komplett sparen, und doch zum Lachen Anlass genug haben; doch der Herr wird bei sich selbst.

Kielingen (Württemberg). Eine gut besuchte Bergarbeiterversammlung fand am 17. Juni, nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Hoffmann statt. Kamerad Hans Portenkirchner referierte über: "Die wahren Freunde der Bergarbeiter und welcher Organisation müssen wir uns anschließen." Der Herr Polizeikommissar von Gördach, machte vorher dem Einberufer bekannt, daß die Zeileinnehmer alle signieren müssten, denn er wolle für seine eigene Sicherheit sorgen. Wie können dem Herrn nur rechte geben, er hat die Geschichte gut verfolgt, signiert wurden noch keine Revolutionen ausgeführt und vielleicht lächelte er von den "öffenen" Verbänden in Kielingen eine solche. Die Versammlung war gut besucht, trotz des angelegten Militärmazetzes seitens der Besie. Mehrere Aufnahmen wurden gemacht. Bemerklich erhöht die Verwaltung der Saar- und Moselgruben einmal die Löhne, dann können wir uns anderthalb auch einer Militärkapelle zuhören, besonders wenn sie uns die Weise, der Gott der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte, vorspielen will. Dann müssten aber auch ungarische Czardas und die polnischen Freiheitslieder aufgespielt werden. Dazu wir werden Dank unserer Verwaltung hier so langsam international. Kamen doch erst unlängst 50 Familien (150 Köpfe) aus Polen, Ungarn und Österreich hier an. Wenn sie bei ihrer Ankunft in der Merlenbacher Kolonie ihre "seinen" Schlafstätten antrauen, dann werden sie ihre neue Arbeitsstätte sehr viel gewonnen haben. Uns sind die ausländischen Kameraden willkommen, sie werden das kämpfende Proletariat in Kielingen vermehren und als Organisierte mit uns kämpfen für Verbesserung unserer traurigen Lage. Auch könnte Frau Berg lieber ihrem Mann, der Steiger ist, Anweisungen geben, wie man Bergarbeiter behandelt, statt sich darum zu kümmern, was andere Leute für Sitzungen halten. Hoffentlich versteht man uns, sonst müssen wir deutlicher werden.

Martenstein (Bayern). Unlängst war unter den Kameraden eine arge Streitigung entstanden, die auch zu plötzlicher Arbeitseinstellung führte. Der Grund war die geradezu unerhöhte Machenschaft bei der Gehaltszahlung, denn nach drei Wochen hätte in jeder Hinsicht für genügend Geld zur Entlohnung der Arbeiter gesorgt werden können. So aber hatte die famose Verwaltung kaum 800 M., sie 170 Arbeiter und Arbeitserinneren überlässt. Auf das Drängen der Arbeiter wollte man noch 600 M. herbeischaffen und den Leuten Vorschuss geben. Die Bergleute erklärten aber категорisch, daß sie nicht mehr anfließen, wenn die Gehaltszahlung nicht vollständig erfolgte, und stellten die Arbeit ein. Durch Vermittlung des Arbeiterausschusses und unter dem Einfluß der Organisation wurden die Leute wieder so weit gebracht, daß sie am Montag wieder anfuhren. Mögeln die Herren sorgen, daß ein andernmal derartige Machenschaften unterbleiben. Wir wissen ja, worauf die ganze Macht abzielte. Es könnte doch einmal anders ausfallen, als es gemeint war. Viele schon die Behandlung vieles zu ruinieren übrig, so wird auch wegen jeder Lepidole gestraft. Man wird hier nach Buchthaus mustert zum Rapport gerufen. Eine seine Einrichtung! Mit der Sicherung gegen Unfall aber ist es nicht weit her. Da gibt es in 140 Meter tiefen Stollenschacht keine einzige Steigleiterbefestigung. Wer hier hinaufklettert, ist verloren. Bei der Rabelförderung ist keine Sperrvorrichtung, so daß einem die Bähne eingeschlagen werden. Viele andere schöne Dinge warten noch aufzuführen, doch hoffen wir, daß es vorläufig genügt. Die Arbeiter werden sich aber in ihrem Streben, ihre Lage zu verbessern, von diesen Leuten nicht abhalten lassen. Das zeigt schon der Eifer und der rege Versammlungsbesuch. Auch in diesem verdeckten Winkel gilt das Wort: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Darum vorwärts allgemein!

Briefkasten.

Wegen Staumangel sind zurückschliefen: **Namen, Alt-Düsseldorf, St., Ob. W., Böckingen, Gottesberg, Lachen, R., Niedervenigern, Bitterfeld.** — **Namen, B.** Wenn der Betroffene Mitglied ist, dann kann man es bringen, obgleich uns die Geschichte etwas kurios vorkommt. Seit wann ist es denn bloße, Arbeiterausschusmitglieder vier zu bezahlen, um eine Unterstützung zu bekommen? Schön ist dies von beiden Seiten nicht. Ob dies bei den "Christlichen" so ist? — **Namen.** Guter Bericht kommt einer Bahnhofsstation eine sehr nahe. Alle Lokale nicht zu verwenden. Wenn es als Ausgabe kommen soll, bitte um Nachricht. — **G. B.** Reunwahl. Material in früheren Nummern der "Bergarbeiter-Zeitung" massenhafte, sonst haben wir auch nichts. — **Höftop.** steht unter Osterfeld. — **A. B., Gelsenkirchen.** Wende Dich an unser Rechtsabteilungsbüro in Gelsenkirchen, dort bekomst Du als Verbandsmitglied unentgeltlich Bescheid. — **Westherde.** G. S. Mit den uns angegebenen Gelchen im Lösungsschein wissen wir keinen Bescheid. Wende Dich an das Bezirkskommando. — **Wipperfürth.** 1. Nein, kann überhaupt nur das leichte Viertelfahrer abgelehnen werden. 2. Nein. — **Södertinghausen.** Poct. Leider für uns nicht verwendbar, doch haben wir es mit Interesse gesehen, da der Gebrauchengang ein sehr guter ist. — **4425, Schmidhorst.** Du wendest Dich an besten an unser Rechtsabteilungsbüro in Margloch, Prinzregentenstraße, im Lokale des Herrn Garss, jeden Dienstag geöffnet, vormittags von 9—12, nachmittags von 2—7 Uhr. Dort erhältst Du Rat und Beistand. — **R., Wipperfürth.** Fehlt Name und Stempel des Vertrauensmannes. Einsenden, dann folgt Aufnahme. — **G. B.** Können uns nicht entnehmen, daß einer hier war. Das Feigste ja mehr nächste Nummer. — **R. G. D.** Wende Dich unter Darlegung Deiner ganzen Verhältnisse an unser Arbeitssekretariat. — **Herne, R.** Es sind über den mitteldeutschen Kreis vier Artikel erschienen. Diese bringen Aufklärung genug. Wollt Ihr noch mehr, so bestellt Vororten als Referenten in eine Eure Verfassungen. — **Glückauf, Bochum.** Du kennst in Deinem Eingang so viele Namen, daß wir uns blos wundern, daß Dein eigenes als Unterschrift fehlt; daher Papierkorb. — **J., Wehlau.** Was am 9. Mai passierte, ist doch schon so veraltet, daß es besser ist, wir lassen es weg. Auch Heil wird es noch aufgeben, sein Heil in der Bekämpfung des Verbandes zu suchen. Wir haben hier im Ruhrgebiet die Erfahrung gemacht, daß unfähige Beamte am meisten über den Verband schimpfen, um durch Speichelleckerei lieb Kind zu bleiben. Und so ist es auch in verschiedenen anderen Städten.

Verbandsnachrichten.

Adressenveränderung.

Wir ersuchen Sendungen von Unionen und Deutschaufträgen an unsere Zeitungsdruckerei, nicht mehr an Albin von Böhm, sondern an Gustav Schreiter, Böckingen, Wiemelhauserstraße 42, Hof, zu adressieren. Natürlich bei Geldsendungen an die Druckerei ist diese persönliche Adresse zu benutzen. Für Sendungen an die Verbandskasse ist die Adresse Paul Horn weiter zu benutzen.

Arbeitslosen-Zählung.

Wir machen die Bahnhofsstationen darauf aufmerksam, daß am 1. Juli wieder für das abgelaufene Quartal die Bählerkarten für Arbeitslose einzusehen sind. Die Karten vom Reichsamt des Innern müssen bis 5. Juli in Bochum sein. Wer keine Bählerkarten Formulare mehr hat, mag schreinig an uns schreiben, wir senden dann welche. Streitende und Ausgeplante sind nicht mit aufzuführen, sondern nur zufällig Arbeitslose.

Bücherrevisionen.

Neuroder. Reiter. Im Juli findet eine Revision der Mitgliedsbücher statt. — **Weimar II.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bücherrevision vom 1.—8. dieses Monats stattfindet. — **Reiter Niedersachsen.** In nächster Zeit findet eine allgemeine Bücherrevision statt und müssen hierzu die Bücher durch die Zeitungsboten eingezogen werden.

Militärische Nebungen.

Wir erwähnen alle Bahnhofsstationen und Mitglieder bei Einschluß zu militärischen Übungen nach § 25 des Statuts und nach der Instruktion hierzu (siehe Seite 15 und 16 derselben), zu versetzen. Wer bei militärischen Übungen keine Beiträge zahlt, hat auch für diese Zeit keine Aufprache an die statutären Unterstützungen und auf die Zeitung. Denn wenn die Pflichten ruhen, ruhen auch die Rechte. Will man sich während der Übung den Zeitungsbegruß und Anteil an

Streichgeld sichern, so muß sie es beim Vertrauensmann melden, daß sie während der Abwesenheit ihres Mannes zahlen will. Wie bitten um Beachtung dieser Bestimmung.

Streichgeldauszahlung.

Niedervenigern. Die Krankenunterstützung kann von jetzt ab jeden ersten Sonntag im Monat erhoben werden beim Vertrauensmann. — **Holzminden.** Der Streichgeldzuschuß wird jeden Sonntag vormittags in der Wohnung des ersten Vertrauensmanns, Siegesstraße 40, ausgezahlt. — **Bochum I.** Vom 1. Juli an wird das Streichgeld beim Kassierer Carl Dittmar, Hellwegstraße 7, und zwar jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat, morgens von 10—1 Uhr, ausgezahlt. — **Oberhausen I.** Das Krankengeld wird jeden Sonntag, morgens von 9—11 Uhr, ausgezahlt. — **Hörde.** Das Krankenunterstützungsgeld wird jeden zweiten Sonntag im Monat in der Wohnung des Vertrauensmanns, Weiberstraße Nr. 20, ausgezahlt.

Braunbauer. Die Straßpendenmarken sind angelommen. Alle 8 Monate wird eine Marke gefehlt. Mit dem kleinen wird in den nächsten Tagen begonnen. Die Kameraden mögen sich auch besser bei den Beerdigungen beteiligen.

Höntrop. Unsere Bibliothek befindet sich im Hause des Kameraden Westerwick, Kaiserstraße 88.

Niedervenigern. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bahnhofsstationen wegen zu schlechtem Besuch nur jeden zweiten Monat am dritten Sonntag, morgens 11 Uhr, im bisherigen Lokale stattfindet.

Ausschluß.

Wegen Streikbruchs sind folgende Mitglieder ausgeschlossen: Gustav Matthes, Großkraut, Hauptbuch-Nummer 112 844; Wilh. Kroze, Großkraut, 111 898; Gust. Pohle, Unterweschen, 111 898; Eduard Gentzsch, Unterweschen, 142 700; Ulrich Dehler, Unterweschen, 142 211; Reinhold Kipper, Unterweschen, 142 699; Albert Sachse, Unterweschen, 141 852; (ist verzogen von Bahnhofstelle Werlchen nach Gröben). — **Der Vorstand.**

An die Kameraden von Niederschlesien.

Durch den Streik in Göttelborn hat sich herausgestellt, daß eine Unzahl Kameraden in mehreren Verbänden organisiert sind. Dieses ist nach § 2 unseres Statuts unzulässig. Deshalb fordern wir alle diejenigen Kameraden auf, sich zu erkennen, ob sie bei uns oder in der gegnerischen Organisation verbleiben wollen. Wer in der gegnerischen Organisation (Gewerbeverein, kath. Fachabteilung) bleibt, wird bei uns ausgeschlossen. — **Franz Tholl, Bezirksleiter.**

Bezirk Oberbayern.

Kameraden! Ich muß euch ersuchen, die Verbandsbeiträge pünktlicher und regelmäßiger zu entrichten, damit bei eintretender Krankheit oder sonstigen Fällen Ihr auch Eure Rechte beanspruchen könnt. Je mehr sich die Mitglieder an Ordnung gewöhnen, desto besser wird unsere Organisation vorwärts schreiten. Deshalb fort mit den Bestandenunruhen. Wer sich seiner Pflichten bewußt ist, weiß auch jederzeit seine Rechte zu wahren. Es muß unser Stolz sein, unseren norddeutschen Kameraden zeigen zu können, daß wir unsere Pflichten und Rechte zu wahren wissen. Glück auf! — **Franz Stracke, Bezirksleiter.**

Dessentliche Bergarbeiter-Versammlungen.

Freitag, den 29. Juni (Peter und Paul):

Giebel, Höhlingerhausen, Hordel u. Wanne. Vormittags 11½ Uhr, im Lokale des Herrn Homburg in Wanne. — Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreit und die Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften. — Referent: Bezirksleiter H. Bößler, Gelsenkirchen. — **Gelsenkirchen.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Langenscheidt, Bismarck. — Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. — **Beste Gladbeck.** Nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn Langenscheidt, Bismarck. — Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. — Referent: Kamerad Johann Göthe, Oberhausen.

Sonnabend, den 30. Juni 1906:

Rauen u. Umg. Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Windfelder. Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und die Bedeutung der Organisation. Referent: Kamerad Herm. Weitart, Gelsenkirchen.

Sonntag, den 1. Juli 1906:

Bickendorf. Nachmittags 4 Uhr, im Verbandslokal, gegenüber der Wirtschaft Novart. — Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. Referent: Kamerad Franz Danisch. — **Gelsenkirchen III (Westendorf).** Nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn Dreilauf, Südstraße. — Bericht vom intern. Bergarbeiterkongress in London. Wo sind die Gegner eines einheitlichen Bergarbeiterverbandes? Referent zur Stelle. — **Schönebeck u. Umg.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Pothmann. — Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. — Referent zur Stelle. — **Hans Hartmann, Eisenach 353.** Größtes Fahrradhause Mitteldeutschlands.

Sprengel-Versammlungen

Sonntag, den 1. Juli 1906:

Namen II (Bergkamen). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Hage in Bergkamen. — Die Reform des Knappelschaftswesens. Die letzte Generalversammlung im Knappelschaftsverein. Ref. zur Stelle.

Dessentliche Knappelschaftsmitglieder-Versammlungen

Sonntag, den 1. Juli 1906:

Günnigfeld. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Trenz, für die Sprengel der Kleinsten Volksschule und Krämer. — Berichterstattung von der Generalversammlung am 16. Juni und das Verhalten der Werksbesitzer zu derselben. Referent ein Vorstandsvorsteher.

Rehfeld's Haarschneidemaschine



„Familienfreund“

mit zwei Aufschleißkämmen, schneidet die Haare 3, 7, 10 mm. Jeder Familienvater spart viel Geld und schützt seine Kinder vor Unstechung, wenn er ihnen die Haare selbst schneidet.

Jeder Ungeübte kann mit dieser Maschine Haare schneiden. Preis per Stück nur 3,80 Mark, Porto 20 Pf. extra. Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. — **Kein Risiko!** Wenn nicht gefällt — Umtausch oder Betrag zurück.

Illustrierter Katalog auf Wunsch gratis und franco.

Rehfeld & Backe, Solingen 676.

Solinger Stahlwarenfabrik — mit Versand direkt an Private.

Zapfen Farben Lacke
find am billigsten zu haben bei
Fr. Riesop, Dortmund, Weiherstr. 44.

Zahlstellen-Feste

Sonntag, den 1. Juli 1906:

Bochum II (Altstadt). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ludwig Roentz, 84, unter Mitwirkung des Gesangsvereins "Freundschaft". Konzert und Ball.

Dümpten III. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wester, seither Körthäuer. Konzert, Gesang, hum. Vorträge, Kinderbetreuung, Ball. Platz: Vandenburgslub, Kötterberg. Karten für Organisierte 40 Pf., für Unorganisierte im Vorverkauf 75 Pf., an der Kasse 1 Mark. Glas Bier 10 Pf.

Westherde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gottlieb Böllmeyer, unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine: Konzert und Ball. Eintritt für Mitglieder 20 Pf., Nichtmitglieder 25 Pf. Umsiedlende Zahlstellen willkommen!

Sonntag, den 8. Juli 1906:

Querenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bäcker. Konzert, Gesangsvorträge, Theater und Ball. Eintritt 50 Pf. Nur Mitglieder haben Zutritt. Eintritt gestattet.

Sonntag, den 15. Juli 1906:

Gelsenkirchen VI (Hüllen). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hagemann in Hüllen, Wannerstraße: Konzert, Gesangsvorträge und Ball. Karten im Vorverkauf 80 Pf., an der Kasse 60 Pf. Mitgliedsbuch legitimiert.

Kameraden agitieren für den Verband!

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Protokoll

des

II. Bergarbeiter-Delegiertentages

für Preussen

(einberufen von der Siebener-Kommision)

abgehalten Sonntag den 12. und Montag den 13. Februar 1906
im van de Loo'schen Saale zu Essen

Preis für Mitglieder 25 Pf.

Alle Vertragsmänner und Zeitungsboten nehmen
Bestellungen entgegen.



wenn Sie Ihren Bedarf an

688

Fahrräder, Nähmaschinen, Fahrrad-Zubehörteile

bei mir bestellen!

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Gemiedebach. Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag.

Grettag, den 29. Juni (Peter und Paul):
Sanden I., II und III. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Strübingmann, Oberhausen, Oelziger. Gemeinschaftliche Zahlstellenversammlung. Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. Referent: Kamerad Johann Götte, Oberhausen.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:
Deusen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bernhard Wieser. Grohalmrede. Nachmittags 8 Uhr, im Gasthof "König v. Preußen". Herbedau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hartmann. Hördeburg. Abends 7 Uhr, im Restaurant "Königswinkel". Steuertag. Wiesau. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Kunzler. Wildenrude. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Weber.

Sonntag, den 1. Juli 1908:
Barop. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gisenhuth, Großbarop. Gemeinschaftliche Zahlstellenversammlungen.

Mengloch, Altenrude u. Hindfalen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Carré, Mengloch, Provinzialstraße. — Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. Oberhausen II. und III. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bauernfeind. — Berichterstattung vom internationalen Bergarbeiterkongress. Referent: Kamerad Johann Götte.

</div